90. Ausgabe • 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 15 Pf. „Freiheit und Brot!" München, Samstag, 25. Juli 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto: Frz. Eher Nchfg., G. m. b. H., München 11346 u. Postsparkassenk.: Frz. Eher Nchfg., G. m. b. H., Wien 79 921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechstd. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3.25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20 801

Neue Hoffnungen der Feinde auf Stresemann!

Die Durchmarschklausel von Stresemann unerwähnt gelassen

Worauf sie hoffen . . .

Die alljüdische „Vossische Zeitung" läßt sich aus Neuyork melden: „Stresemanns Reichstagsrede wird in der Neuyorker Presse in großer Aufmachung wiedergegeben. Die Rede wird als die erste dieser Art seit Kriegsausbruch bezeichnet, die von dem verantwortlichen Außenminister gehalten sei; denn sowohl Ton als Inhalt waren versöhnlich und offenbar bestimmt gewesen, den allgemeinen günstigen Eindruck in den alliierten Hauptstädten zu verstärken. Besonders wird hervorgehoben, daß Stresemanns Rede sich nicht mit Artikel 16 befaßt, und darin sei die Bestätigung zu sehen, daß bei der Regierung die Neigung vorhanden ist, diese Frage fallen zu lassen. Man erwartet, daß das wahrscheinlich ganz deutlich werden würde bei der Konferenz, die Deutschland als das Ergebnis der letzten Note erwartet."

So weit sind wir also schon, daß feindliche Zeitungen Grund zur Annahme haben, Stresemann würde auf die Durchmarschklausel verzichten. Und man muß von der Neuyorker Presse sagen: Sie kennt Herrn Stresemann.

Oder sollte gar der „deutsche" Gesandte Maltzahn (in dem sich jüdisches und mecklenburgisches Blut mischt) einen Tip gegeben haben?

Zwischengefechte

In Paris weiß man nicht, ob man laut fluchen oder in der gleichen scheinheiligen Weise wie bisher in „Friedensbereitschaft" machen soll. Einige „Bedenken" in der deutschen Note, auf die wir bereits mehrfach hingewiesen haben, werden vom ach so friedliebenden Frankreich peinlich empfunden, und auch die Reden im Reichstage haben etwas üble Laune gemacht, trotz des guten Herrn Stresemann.

Der „Temps" schreibt in heftigem Tone über die Rede Dr. Stresemanns: Sie sei ebensowenig befriedigend wie die Sicherheitsnote selbst. Seine Erklärungen seien nicht dazu angetan, Vertrauen auf das Reich zu haben. Frankreich habe Gründe, sich bis zuletzt gegen eine internationale Konferenz zu sträuben. Deutschland habe dauernd den Friedensvertrag von Versailles verletzt und jetzt besitze es die Kühnheit, die Alliierten des Rechtsbruchs zu bezichtigen.

Diese Töne des ertappten politischen Falschmünzers sind recht bezeichnend, jedoch bezweifeln auch wir, daß eine „internationale Konferenz" günstig für uns auslaufen könnte, denn da werden wir uns wiederum allein sehen.

Über die weitere diplomatische Behandlung der Sicherungsfrage verlautet, daß nach einer Erörterung der Note im englischen Kabinett **zuerst ein Meinungsaustausch zwischen Paris, London und Brüssel** erfolgen wird. Dieser Meinungsaustausch soll sich auch mit der Frage beschäftigen, in welcher Form die weiteren Verhandlungen mit Deutschland geführt werden sollen. Da die Außenminister von Frankreich und England zur Zeit durch die Verhandlungen über Marokko und China in vollem Umfang in Anspruch genommen seien, würde es vielleicht nicht möglich sein, sofort eine mündliche Aussprache der Außenminister durchzusetzen. Da die deutsche Regierung in ihrer Note aber viele juristische Probleme behandelt habe, würde es sich vielleicht empfehlen, wenn einer späteren Aussprache der Außenminister eine **mündliche Stellungnahme der juristischen Sachverständigen** der in Betracht kommenden Außenministerien voranginge, in der die zahlreichen juristischen Spezialwünsche von Frankreich und Deutschland erörtert werden könnten.

Wir haben keine Eile!

Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf

Berlin, 24. Juli. General Guillaumat, Mitglied des Obersten Kriegsrats, Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen, hat dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf mitgeteilt, daß die französische und belgische Regierung beschlossen hat, die seit dem 11. Januar 1923 rechtsrheinisch besetzten Gebiete zu räumen. Am 31. Juli vor zwölf Uhr Mitternacht wird der Rest der französisch besetzten Gebiete, die seit dem 11. Januar 1923 besetzt waren, geräumt sein. Der General spricht den Wunsch aus, daß seitens der deutschen Bevölkerung alles vermieden werde, was der Befriedigungspolitik (d. h. Einlullungspolitik) zuwiderlaufe. Der Regierungspräsident wird gebeten, im Geiste dieses Abkommens darauf zu achten, daß die deutschen Behörden alle zweckdienlichen Maßnahmen treffen, damit keine Kundgebung geduldet werde. Der kommandierende General des [illegible] General Guillaumat beauftragt, den deutschen Ortsbehörden den genauen Zeitpunkt mitzuteilen, an dem jede der betreffenden Zonen als geräumt anzusehen ist und an dem die französischen Behörden aufhören werden, ihre Kontrolle auszuüben. In einem weiteren Absatz des Schreibens werden die genauen Grenzen des Gebietes, dessen Besetzung nach vorgenommener Räumung noch aufrechterhalten bleibt, im einzelnen festgesetzt.

Brüssel, 24. Juli. An amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß die belgischen Truppen das Ruhrgebiet jetzt vollständig geräumt haben. Der letzte belgische Soldat der Ruhrbesatzung soll gestern die Rheinbrücke überschritten haben.

Der „internationale" Rhein
Die Flaggenfrage auf dem Rhein

Berlin, 24. Juli. Wie man von diplomatischer Seite erfährt, beabsichtigt Frankreich, auf der Herbsttagung der Rheinschiffahrtskonferenz auch die Flaggenfrage auf dem Rhein aufzurollen.

Es soll nach diesen Absichten der Rhein wie die hohe See, also als staatenlos behandelt werden, sodaß jedes auf dem Rhein verkehrende Schiff das Vorrecht der Exterritorialität wie ein Seeschiff genießen würde. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß Deutschland einen solchen Vorschlag niemals seine Zustimmung geben könnte. Ob Stresemann ihn ablehnen wird, steht natürlich dahin.

Der Freimaurerdruck der City
Die italienischen Schulden an England

London, 24. Juli. Auf eine Anfrage im Unterhause wurde von der Regierung mitgeteilt, daß Italien am 30. Juni 1925 489 Millionen Pfund Sterling Schulden an England gehabt hätte. Die Rückzahlung müsse vertragsgemäß in Pfund erfolgen. Die aufgelaufenen fünf Prozent Zinsen wären dem Kapital zugeschrieben worden.

Im bolschewistischen Mekka

Die deutschen Arbeiterdelegationen sind am 20. Juli in Moskau angelangt und werden jetzt den Arbeitersklaven Sowjetjudäas als Wundertiere herumgezeigt. Sie selbst sind von der schönen Fahrt entzückt und sehen mit Staunen Petersburg und Moskau mit ihren großen Plätzen, Verwaltungsgebäuden usw. und glauben, das alles habe die Sowjetregierung errichtet. Der Deutsche Offenhagen von den Kruppwerken sagte in einer Rede:

„Euer Glück ist unser Glück, Euer Unglück ist unser Unglück. Mögen die Imperialisten wissen, daß die Arbeiter ganz Europas verstehen werden, die Angriffe auf Euer Arbeiterland abzuwehren. Wenn die Bourgeoisie uns Gewehre in die Hand drücken wird, um gegen Sowjet-Rußland zu marschieren, werden diese Gewehre gegen die Bourgeoisie selbst gerichtet werden."

Das ist deutlich und wird Sowjetjudäa freuen. Die ganze Taktik der Moskauer Mörderregierung ist im übrigen durchsichtig genug: Den Russen imponiert man mit den deutschen „Klassengenossen", den Deutschen mit den russischen „Brüdern", die man ebenso sorgfältig aussucht, wie die „Kinderheime", zu denen man die deutschen Arbeiter führt. Zu den ausgestorbenen Dörfern und den Pestzentren wird man sie wohl nicht geleiten . . .

Bulgarenverfolgung in Bulgarien

Gemäß den jüngst gefaßten Beschlüssen des Kabinetts, die sich mit der antijüdischen Propaganda befaßten, haben das Kriegsministerium und das Ministerium des Innern an die unterstellten Behörden folgenden Erlaß gerichtet, der sich würdig den Erlassen Severings anschließt:

„In der letzten Zeit ist in der Presse sowie auch auf andere Weise gegen die Juden eine Propaganda entfaltet worden, die den Interessen des Landes nicht entspricht und seine Ruhe gefährden könnte.

Das gefertigte Ministerium ersucht, zur Bekämpfung dieser Agitation Maßregeln zu ergreifen und alle Personen, die eine solche betreiben, strengstens zu verfolgen."

In Sofia fand am 6. Juli ein Kongreß des Hauptverbandes der bulgarischen Kaufmannschaft statt, in dem folgende Resolution gefaßt und sämtlichen Kaufleuten Bulgariens durch Zirkular mitgeteilt wurde: „In der letzten Zeit macht sich eine Bewegung gegen die nationalen Minderheiten, besonders gegen die Juden, bemerkbar, die geeignet erscheint, unser Prestige und unsere Kreditfähigkeit im Ausland zu kompromittieren. Der Verband der bulgarischen Kaufleute bittet alle seine Mitglieder, keinen Unterschied zwischen bulgarischen und jüdischen Staatsbürgern zu machen und jeder Agitation gegen die letzteren entgegenzutreten."

Wie man sieht, unterjocht sich auch Bulgarien dem alljüdischen Druck. Aber immerhin ist es erfreulich, feststellen zu können, daß einige Kreise des Volkes erwacht sind. Hoffentlich lassen sie sich durch ihre Regierung und die Geschäftemacher nicht einschüchtern.

Diskontermäßigung in Deutsch-Österreich

Wien, 23. Juli. Die heute von der Österreichischen Nationalbank verfügte Diskontermäßigung von 11 auf 10 Prozent wird von der Leitung des Noteninstituts mit der Flüssigkeit des Geldmarktes, mit der günstigen Entwicklung des Status der Notenbank und mit der ruhigen Haltung der Börse begründet.

Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks am 31. Juli

Berlin, 24. Juli. Aus London wird gemeldet: Der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterbundes beschloß, die Bergleute anzuweisen, am 31. Juli in den Streik zu treten.

Das „Berliner Tageblatt" schützt bolschewistische Mordhetzer

Der bolschewistische Schauspieler Rolf Gärtner ist soeben vom Staatsgerichtshof zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte auf der Feier der „russischen" Revolution am 7. November 1924 einen Aufruf „Auf die Bastille" verlesen, dann einen Prolog vorgetragen, in dem es u. a. hieß:

„Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht! — Euer gedenken wir heute. — Wir wollen gedenken Euer! — Das Gewehr in den Fäusten, — Über unseren Häuptern flatternd — die rote Sturmfahne. — Ein Sprung an eure Gurgel, — Ihr Herrschenden, — das soll unser Gedenken sein! — Ein Stoß in die Mitte eures Herzens, — Ihr Herrschenden! — So feiern wir, Ihr Gefallenen, Euer Gedächtnis. — So wollen wir gedenken Euer."

Das war ganz offenbar ein Aufruf zum Mord. Das selbstverständliche Urteil hat das galizische „Berliner Tageblatt" ganz aus dem Häuschen gebracht. Es schreibt wütend (Nr. 345):

„Wir glauben, daß dieses Urteil weit über das Ziel hinausschießt. Gewiß ist auch die bloße Vorbereitung zum Hochverrat strafbar, auch wenn mit der Ausführung des hochverräterischen Unternehmens selbst noch nicht begonnen wird. Wer Beiträge sammelt zur Durchführung eines bestimmten hochverräterischen Planes, zum Beispiel zur Durchführung des Kapp-Putsches oder des Küstriner Putsches, wer die Waffen ankauft, mit denen ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen, zum Beispiel der Osterputsch, durchgeführt werden soll, begeht eine den Hochverrat vorbereitende Handlung. Immer aber ist erforderlich, daß das hochverräterische Unternehmen, dem die Vorbereitung dient, hinreichend bestimmt ist. Daran fehlt es im vorliegenden Fall. Der allgemeine Hinweis auf die Umsturzpläne der Kommunistischen Partei ist nicht ausreichend. Das hätte zur Folge, daß man schließlich jede Veranstaltung, jede Besprechung, jede Versammlung als Vorbereitung des Hochverrates mit Zuchthaus bestraft und in jedem revolutionären Lied, wie man von Beaumarchais' Lustspielen sagte, „la révolution déjà en action" erblickt (müßte man auch! Red.). **Rezitatorische Bastillestürmer kann die Republik ertragen, ohne daß der Staatsgerichtshof in Tätigkeit gesetzt wird. Wir sehen in der Entscheidung ein Fehlurteil, das auf dem Wege der Gnade oder der Amnestie revidiert werden muß."**

Muß, sagt das alljüdische Blatt . . .

Dies neue Beispiel beweist wieder einmal die tiefe Sympathie des „bürgerlchen" Blattes für die bolschewistischen Mordhetzer.

Neue Niederlagen in Marokko

London, 24. Juli. Nach Ansicht des Korrespondenten der „Evening Standard" werden sich die französischen Schwierigkeiten in Marokko in der nächsten Zeit noch steigern. Großes Mißfallen errege die Besteuerungsmethode der französischen Behörden in Marokko, die Steuern von Grund und Boden, anstatt von dem Ernteertrag einsetze. In diesem Jahre sei die Ernte in Marokko sehr schlecht. Die Folge sei, daß die Steuern auf die Bodenfläche doppelt schwer empfunden würden und zu weiteren Aufstandsbewegungen Anlaß gäben.

Paris, 24. Juli. Gestern Morgen ist unter dem Vorsitz Painleves im Kriegsministerium eine Konferenz zur Abwehr der kommunistischen Propaganda in Algerien und Frankreich abgehalten worden. Die gefaßten Beschlüsse sollen vorläufig geheim gehalten werden.

Paris, 24. Juli. Im Mittelpunkt des Interesses steht das im „Quotidien" abgedruckte angebliche Friedensangebot Abd el Krims. Das Blatt weigert sich, die politische Persönlichkeit zu nennen, von der es den Brief mit den Friedensbedingungen des Riführers erhalten hat. Am Quai d'Orsay weist man darauf hin, daß Abd el Krim im Besitz formeller französisch-spanischer Friedensvorschläge sei und daß sich eine gemischte französisch-spanische Kommission im Laufe der letzten zwei Wochen schon zweimal nach Ajdir begeben habe und von Abd el Krim empfangen worden sei. Diese Kommission stehe unter der Führung von Echovarieta. Ein Brief mit den Friedensvorschlägen sei bei der zweiten Reise nach Ajdir bei Abd el Krim zurückgelassen worden. Eine Antwort sei bis zur Stunde auf dem vereinbarten Weg noch nicht eingelaufen.

Madrid, 24. Juli. Nach Meldungen aus Tanger wurden die Franzosen, obwohl sie neue Reserven einsetzten, unter schweren Kämpfen gezwungen, Stellungen vor Fez zu räumen.

Eine amtliche französische Meldung besagt, man habe allgemein den Eindruck, daß Abd el Krim der französischen General-Offensive durch einen beschleunigten Rückzug sich zu entziehen suche.

Eine Erklärung Ludendorffs

General Ludendorff schreibt:

München, 23. Juli 1925.

Ich bin gefragt worden, warum ich mich nicht zu dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen Zusammenbruches 1918 geäußert hätte, obschon er mir zu diesem Zweck zugestellt worden sei.

Die Frage ist recht gedankenarm. Meines Erachtens hätte der Ausschuß gefragt und dafür zur Verantwortung gezogen werden müssen, daß er den Bericht nur mir und nicht dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und mir zugestellt hat und damit den Generalfeldmarschall kurzerhand beiseite schiebt. Wie kam nun der Ausschuß zu solchem Beiseiteschieben des Generalfeldmarschalls? Er tat es, weil die ganze Untersuchung von der Ausschuß-Mehrheit, wie es auch in der Tat der Fall war, nur gegen mich geführt worden ist, nicht etwa aus vaterländischen Beweggründen, sondern nur, um mein Ansehen im Volk in Gegenwart und Zukunft weiterhin zu schädigen, damit ich im Leben des Volkes möglichst ausgeschaltet würde. Man scheint mich in diesen Kreisen wohl immer noch zu fürchten.

Dieselbe Entstellung der geschichtlichen Wahrheit erlebte das deutsche Volk schon bei den Ausschußverhandlungen im November 1920, die auch zuerst nur gegen mich geführt werden sollten, bis der Generalfeldmarschall und ich dagegen Einspruch erhoben. Wenn jetzt der Ausschuß die gleichen Wege beschritt, so konnte er von mir auch nur die gleiche ablehnende Stellung gegen sein einseitiges Gebaren erwarten.

Der Ausschuß im November 1920 hat sich vor der ganzen Welt blamiert. Das später veröffentlichte Ergebnis war ein parteipolitischer Erguß ohne jede historische Bedeutung. Seit dem November 1920 tagte der Ausschuß lieber jahrelang hinter verschlossenen Türen auf Kosten des überall entrechteten Volkes, seine parteipolitischen Ansichten und Absichten lagen aber ebenso klar zutage und werden auch von dem Herrn Vorsitzenden zugegeben. Die Reichsregierung arbeitete im Ausschuß im gleichen Fahrwasser, wie seine Mehrheit. Der „Sachverständige", Herr Professor Delbrück, dessen militär-wissenschaftlicher Befähigungsnachweis sein gehässiger und würdeloser Kampf gegen mich war und bleiben wird, ist ein Beweis dafür.

Diesem parteipolitischen Getriebe nur einen Schein historischer Berechtigung zu geben, indem ich zu ihm Stellung nahm, verbot meine Anschauung und meine Würde sowie meine Zeit. Ich glaube auch nicht, daß meine Gegner ehrlich genug waren, ihre eigene, gar nicht erst zu untersuchende, sondern feststehende Schuld am Zusammenbruch, — die in ihrer Wirkung auf ein landesverräterisches Verhalten hinauslief, — einwandfrei klarzulegen und zur Beurteilung der Zusammenhänge auch ihr verderbliches Handeln in der Vorkriegszeit und erst recht seit 1917, als ein deutscher Sieg möglich geworden war, hereinzuziehen.

Die Wahrheit wird erst dann nicht mehr verschleiert werden können, wenn die Zusammenhänge historisch betrachtet und die Saboteure Deutschlands und des Sieges vor ein ordentliches Gericht gestellt werden und wieder wahrhaftiges Recht in Deutschland herrscht.

Gut gespielter Pessimismus

Über das Geschäft der Großbanken im ersten Halbjahr 1925 wird in der „Berliner Börsenztg." mitgeteilt, daß das erste Quartal dieses Jahres den Banken durchweg gute Gewinne gebracht hat.

Wenn die vorgefaßte Meinung zu Recht besteht, wird man für das ganze Jahr 1925 die Rentabilität der Banken auf 5 bis 5½ Proz. veranschlagen können. Die Debitoren der Banken sind in sich gut. Umfang und Art der ausländischen Kredite bleiben von der Entwickelung der deutschen Wirtschaft und insbesondere der deutschen Industrie abhängig. Durch den Gang der Ereignisse ist die Industrie zur Selbsthilfe gezwungen worden, und es hat dabei bereits eine weitgehende Verständigung über die Maßnahmen finanzieller und betrieblicher Natur stattgefunden, die zu einer Überwindung der Krise führen kann. Hierbei ist die Industrie nach wie vor auf die Hilfe der Banken angewiesen und die letzteren werden ihren Einfluß, den sie in der Inflationszeit hier und da insbesondere wegen einer ungesunden Aufblähung und einer künstlichen Erstarkung gewisser Händlerkreise verloren hatten, wiedergewinnen oder bezahlten.

Das Ausland wird Reflektant deutscher Aktien nur dann sein, wenn diese rentable Papiere sind. Zur Herstellung einer Rentabilität in der Industrie bleibt aber kein anderer Weg übrig als eine Befreiung der Produktion von den preisverteuernden Lasten. Wir werden zu einem Abbau der Löhne und zu einer Verlängerung der Arbeitszeit kommen müssen, insbesondere wenn man bedenkt, daß Frankreich heute halb so viel für Löhne als Deutschland zahlt. Stillegungen werden nicht ausbleiben.

Man sieht aus diesen kühlen Betrachtungen deutlich, wohin die Herren von der Börse den Wagen zu schieben gedenken. Lohnabbau, Stillegungen und dergleichen müssen in Kauf genommen werden, um die Rentabilität des Systems sicherzustellen und zu zeigen, daß heute Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in gleicher Weise vom Börsenkapital abhängig sind.

Deutsche Steuergroschen für das Judentum

Bei der Beratung des Kultusetats im Bayer. Landtag wurde dem „Verband bayerischer israelitischer Gemeinden" für das Jahr 1924 (!) ein Zuschuß von 50 000 M. und für 1925 ein solcher von 60 000 M. bewilligt! Frohlockend über diese ungeheuerliche Preisgabe von Staatsgeldern, die zum Großteil aus den Steuergroschen des schaffenden Volkes bestehen, an die Talmudjuden, mauschelt das „J. F." Nr. 29 folgendes Zugeständnis: „In der Vorkriegszeit betrug der Zuschuß 20 000 M. (also jetzt das Dreifache! Ggl.) Es wurde versucht, die Aufnahme der Rabbiner in das Gesetz über die Ergänzung des Einkommens der Seelsorgegeistlichen zu erwirken. Die (B.V.P.) Staatsregierung trat diesem Bestreben darum entgegen, weil ihre Absicht dahingeht, das Gesetz aufzuheben und den Kirchen (!) Pauschbeträge zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu geben." Ja, freilich, Herr Matt kennt keine Judenfrage, darum ist für ihn die Synagoge eine „Kirche", — welche Ohrfeige bedeutet doch dieser unwahre Vergleich für die christlichen Kirchen — für ihn sind die Juden keine auf Gesetze des Talmud und Schulchan-Aruch gestützte Rasse, die alle Völker haßt, sondern deutsche Staatsbürger nach der Hugo-Preuß-Verfassung, die trotz aller Liebe auch von Herrn Matt nicht beachtet wird, wenn man fremde Orden annimmt.

Die Stellung der Parteien des bayerischen Landtags zu obigen Anträgen zeigt ihre Unfähigkeit, eine deutsche Reinigungspolitik vom jüdischen Schmarotzertum durchzuführen.

Für die Judengelder stimmten die fromme, vor der Wahl sich „auch völkisch" gebende Bayerische Volkspartei, die ehemaligen Eisneranhänger des Bauernbundes und ein Judendemokrat; dagegen aus rein antisemitischen Gründen die Völkischen und Deutschnationalen, aus reinen Oppositionsgründen trotz Judenfreundlichkeit die Marxisten und Kommunisten!

An die Regierung der Bayerischen Volkspartei hat der Verband der Juden nun folgende Dankesadresse gesandt:

„Wenn auch die Wünsche des Verbandes nicht voll erfüllt wurden, so wissen wir doch Staatsregierung und Landtag den wärmsten Dank für die Bewilligung der erhöhten, zur Förderung unserer religiösen (?) Einrichtungen bestimmten Beträge zum Ausdruck zu bringen."

Gewiß, man muß es der bayer. Regierung und dem weisen Landtag lassen, sie in einer Zeit der steigenden Wirtschaftsnot, an der gerade jüdische Schieber und Börsenpiraten die Hauptschuld tragen, solche „erhöhte" Summen für die Rasse auswerfen können, die uns die Novemberschande von 1918 und Versailles gebracht hat, während der deutsche Arbeiter seines Erwerbs beraubt und auf die Straße geworfen wird in der Auswirkung des Dawespaktes! Erinnern wir uns doch bei dieser Gelegenheit des zynischen Eingeständnisses, das am 6. Juli 1922 schon die nationaljüdische „Tribune juive" schrieb: „Die deutsche Revolution ist das Werk der Juden. Die demokratischen deutschen Parteien, als feste Stützen der Republik, zählen unter ihren Leitern und Anhängern eine große Zahl von Juden. Die Juden spielen eine sehr wichtige Rolle in den hohen Regierungsstellen . . ." So urteilen nicht Hakenkreuzler, sondern jüdische Rassengenossen über die Novemberrepublik, die den deutschen Arbeiter verhungern läßt, aber dem hebräischen „Kultus" Zehntausende in den Schoß wirft!

Gegen die Massenaufhebung bayerischer Finanzämter

Zu der im Reichsfinanzministerium von dem zuständigen Referenten gegenüber dem Reichstagsabgeordneten Lang von der Bayer. Volkspartei gemachten Mitteilung, daß innerhalb eines allerdings geraumen Zeitpunktes etwa 50 Prozent der bayer. Finanzämter aufgehoben werden sollen, erfahren wir, daß die bayer. Regierung seinerzeit an die Reichsregierung geschrieben, um eine amtliche Mitteilung über diese angebliche Tatsache ersucht und dabei gleichzeitig zu erkennen gegeben hat, daß die bayer. Regierung einer derartigen Maßnahme den stärksten Widerstand entgegensetzen würde. Auf diesen Schritt der bayer. Regierung ist eine amtliche Mitteilung bisher nicht eingelaufen.

Pöhners Unfall erwiesen

Die Voruntersuchung über den tödlichen Unfall Pöhners Ostern dieses Jahres ist nunmehr abgeschlossen worden. Das Ergebnis der Untersuchung stellt fest, daß es sich auf Grund sämtlicher Tatzeugen höchstens um eine fahrlässige, keinesfalls aber um eine vorsätzliche Tötung handeln könne, weil die Nachforschungen keinerlei Spuren eines mutmaßlichen Täters auffinden ließen. Auf Grund dieses Ergebnisses wird dieses Verfahren eingestellt.

Annahme des Vertrauensvotums im Reichstag

Berlin, 24. Juli. Im Reichstag wurde gestern das Vertrauensvotum der Regierungsparteien mit 235 gegen 158 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen.

Schutzzoll und Verbraucher

Das Zollkompromiß, welches soeben die Unterschriften sämtlicher Parteien von den Deutschnationalen bis zum Zentrum erhalten hat, befaßt sich im wesentlichen mit folgenden Richtlinien:

Die Mindestzölle für Getreide sollen aus der Regierungsvorlage beseitigt werden; dafür sollen die autonomen Sätze für Getreide (7 bis 7.50 M.) sofort in Kraft treten. Die Regierungsparteien unter sich haben jedoch vereinbart, daß in Handelsvertragsverhandlungen für die nächsten 2 Jahre der Satz von 3 bis 3.50 M. nicht unterschritten werden solle. Die Mindestzölle haben sie zwar aus dem Gesetz herausgenommen, aber in der Höhe, wie sie die Regierung für die Übergangszeit vorgeschlagen hatte, als interne Vereinbarung doch wieder aufgenommen.

Für Vieh, Fleisch und tierische Produkte sollen die um 50 Prozent erhöhten Vorkriegsvertragszölle als Mindestzölle gelten, dafür sollen auch die autonomen Sätze eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Für Gefrierfleisch soll im nächsten Jahr ein zollfreies Einfuhrkontingent gelten in der Höhe der Gefrierfleischeinfuhr des Vorjahres; die Verteilung des zollfreien Gefrierfleisches soll jedoch so gehandhabt werden, daß es durch besondere Einrichtungen der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommt.

Für Futtergerste und Mais sollen an sich die autonomen Sätze der Vorlage (7.50 M.) bestehen bleiben. Es soll jedoch auf Grund einer ähnlichen Vereinbarung, wie sie für die anderen Getreidearten getroffen ist, bei Verhandlungen nicht unter einer Mark für Futtergerste, und 2 M. für Mais herabgegangen werden.

Die Industriezölle sollen im wesentlichen so bleiben, wie sie vorgeschlagen sind. Die Regierungsparteien haben sich unter sich verpflichtet, möglichst geschlossen für die Kompromißanträge zu stimmen und die Erledigung der ganzen Zollvorlage noch vor den Sommerferien sicher zu stellen. Es wird jetzt von der Öffentlichkeit abhängen, ob es dem Zollblock gelingt, seine Absichten so schnell und so widerstandslos durchzusetzen, wie er es hofft. Jedenfalls hat es den Anschein, als ob die Vorlage ähnlich wie das Aufwertungskompromiß durchgepeitscht werden soll.

Schutzzoll liegt im Interesse des gesamten deutschen Volkes, denn er ist ein Mittel zur Schaffung einer starken nationalen Wirtschaft, die sich von einer bedingungslosen Verflechtung in die von Händlerinteressen beherrschte Weltwirtschaft nach Möglichkeit fernhält. Schutzzoll bedeutet insbesondere Stärkung des Landvolkes. Das Landvolk aber ist der gesündeste Teil der deutschen Gesamtheit, ist ihr völkisches Fundament. So bedeutet Stärkung des Landvolkes deutsche Erneuerung schlechtweg. Die deutsche Landwirtschaft kämpft einen verzweifelten Kampf um ihre Existenzfähigkeit, da die Preise für landwirtschaftliche Produkte gegenüber dem allgemeinen Preisniveau viel zu niedrig sind, als daß eine lohnende Verwertung möglich wäre. In letzter Zeit ist hierin allerdings eine Besserung festzustellen gewesen. Die „Schere" beginnt sich langsam zu schließen. Agrarzölle bringen, für sich allein betrachtet und ohne entsprechende Begleitmaßnahmen, eine Verteuerung des Getreidepreises, des Brotes, mit sich, die heute, wo die gesamte Verbraucherschaft unter der Lebensnotwendigkeit entlohnt wird, nicht erträglich ist, ohne daß sie durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen wird.

Die Gefahr der „Schraube ohne Ende" beginnt sich seit einiger Zeit deutlich bemerkbar zu machen. Es fällt nicht leicht, das untere Ende derselben festzustellen, da im eigentlichen Sinn eine Unterscheidung zwischen Produzent und Konsument im allgemeinen schwerer ist, als man vom jeweiligen Interessenstandpunkt aus zugeben will. Der Dritte im Bunde, das interessierende Mittelglied des Zwischenhandels in organisierter und wilder Form bleibt dabei wie einst im Mai das große Rührmichnichtan. Kein Wirtschaftspolitiker, kein Staatsmann verliert darüber ein Wort, daß hier noch aus der Inflationszeit große Leerlaufgebiete nachschwingen.

Es ist kein Zweifel, daß Schutzzölle ein Mittel darstellen, der deutschen Produktion zu dieser Kräftigung zu verhelfen, einerseits weil dadurch ein gewisser Schutz vor zu billiger ausländischer Konkurrenz geschaffen wird, andererseits, weil durch eine Stabilität der Preise ein gewisser Mindestpreis erzielt wird. Diese beiden Vorteile allerdings bedeuten für das Heer der Verbraucher eine Belastung durch Verteuerung vor allem der lebensnotwendigsten Verbrauchererzeugnisse, die dem Verteuerungssystem der Verbrauchssteuern in gewisser Beziehung sehr nahe kommen. So wird jetzt der Konsument von mehreren Seiten unter Druck gesetzt, der sich zu einer katastrophalen Einkommensbelastung entwickeln muß.

Es ist deshalb nötig, zu untersuchen, ob diese ungünstigen Folgen nicht aufgehoben werden könnten, so wie es nötig ist, zu untersuchen, ob nicht noch andere und in ihrer Wirkung bedeutend kräftigere Maßnahmen möglich sind, die dem deutschen Produzenten die gleiche Hilfe bringen. Wohl besteht eine Möglichkeit, die Folgen einer Preiserhöhung durch die Zölle aufzuheben, so daß eine Möglichkeit geschaffen ist, der notleidenden deutschen Landwirtschaft zu helfen, ohne daß die Verbraucherschaft die nicht erträgliche Verteuerung der Lebenshaltung auf sich nehmen muß. Dieses Mittel ist, wie Straßer jüngst ausführte, Verminderung des Zwischengewinns, teils durch Verkürzung

des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher, teils durch Herabsetzung der wucherischen Händlerprozente.

Industrie und Landwirtschaft stehen im Begriff oder sind längst daran, zu großen Teilen fremdes, meist überseeisches Kapital aufzunehmen und sich so zu „sanieren". Der Geldstrom aus Amerika fließt noch immer. Und fast zur selben Stunde, als die Schutzzölle durchgegangen sind, hörte man von günstigen Verhandlungen der Rentenbankkreditanstalt mit amerikanischen Geldgebern zwecks Abschluß einer Auslandsanleihe für Gewährung von landwirtschaftlichem Realkredit gegen hypothekarische Belastung.

Nichts ist im vorliegenden Falle besser zur Klarstellung dieser Zusammenhänge geeignet, als eine Gegenüberstellung folgender Tatsachen: Die Landwirtschaft erhält heute Preise für ihre Produkte, die den Vorkriegspreisen nicht immer entsprechen. Der Verbraucher aber zahlt heute für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse oft das Doppelte der Preise vor dem Krieg. In diesen Zahlen liegt das Geheimnis und liegt die Lösung des gesamten Ernährungsproblems begründet. Der Bauer erhält heute für seine Erzeugnisse weniger als im Frieden — der Städter, der Konsument, muß das Doppelte und Dreifache für die gleichen Produkte zahlen — der Gewinn, der Wucher, liegt beim Handel. Hier muß der Hebel eingesetzt werden, um einerseits der Landwirtschaft durch Gewährung ausreichender Preise eine wirtschaftliche Gesundung zu ermöglichen, andererseits der Konsumentenschaft durch Herstellung entsprechend billiger Preise eine Erhöhung des Reallohns zu erzwingen. Es muß der weite, kostspielige, dabei volkswirtschaftlich nutzlose Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher auf ein Minimum beschränkt, der Zwischengewinn auf ein Minimum herabgesetzt werden, dann ist Produzenten und Konsumenten geholfen, denn der Händler ist ihrer beider Feind.

Das wahre Gesicht der internationalen Presse

(Nachdruck verboten.)

II.

Wien, 17. Juli.

Der anonyme Verfasser des Werkes „Hinter den Kulissen des französischen Journalismus", ein Pariser Chefredakteur, dessen Philosemitismus aus dem Werke deutlich hervorgeht, steht fest: „Der zügellose Kapitalismus unserer Zeit, hat eben die Presse, wie alle anderen Unternehmen, auf den Großbetrieb eingestellt, in dem keine anderen Belange als ihre eigenen gefördert werden dürfen. Man begreift, daß sie unter diesen Umständen mit den bedeutendsten Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, und durch das Fehlen jedweden Ehrgefühls oder strafrechtlichen Bedenken, auf das engste mit der gesamten Hochfinanz, der Schwerindustrie und der Regierung verknüpft ist." „Wenn es ihr Vorteil erheischt, so weiß diese große Presse ebensowohl die patriotische Arie als den religiösen Choral zu spielen." Die französische Presse ist nicht nur käuflich, unmoralisch, lügenhaft, sondern auch niederträchtig, doch wenn sie sich auch zu gleicher Zeit sowohl von der türkischen wie von der bulgarischen Regierung bezahlen läßt, wenn sie während des russisch-japanischen Krieges ebenso von den Russen wie von den Japanern Geld akzeptiert, beziehungsweise erpreßt, oder um nicht gar soweit in die Vergangenheit zu blicken, während den Friedensverhandlungen sich von Rumänien, Tschechoslowakei, Dänemark, Polen, Jugoslawien und Griechenland aushalten läßt, so muß man die Wahrheit feststellen, daß diese selbst von den allerschäbigsten Balkanstaaten prostituierte Presse die nationalen Interessen Frankreichs niemals außer acht ließ, stets französisch blieb.

Dasselbe gilt von der englischen Presse, auf die ich noch eingehend zurückkommen werde.

Die „Giftmischer und Brunnenverseucher" Österreichs, Ungarns, Deutschlands kannten und kennen auch heute noch nicht nationale Interessen. Die Wiener Presse ist international, die österreichischen Belange werden nur insoweit berücksichtigt, als es sich um die Interessen des österreichischen Judentums handelt. In den führenden Zeitungen Wiens, in der „Neuen Freien Presse", „Neues Wiener Journal", Neues Wiener Tagblatt" werden die chauvinistischsten Ideen der Feindesvölker propagiert. Italienische Senatoren, tschechische Minister, polnische, rumänische, serbische Staatsmänner und Politiker finden in den Spalten der Wiener Judenblätter das geeignetste Forum. Man kann sich oft nicht genügend über diese Würde- und Charakterlosigkeit dieser deutschsprachigen Judenblätter wundern. Um ihrem Lesepublikum einen Beweis zu geben, wie international, demokratisch, pazifistisch sie sind, bringen sie Tag für Tag Äußerungen fremdländischer Politiker, Künstler. Es ist begreiflich, daß Deutsche dabei am wenigsten berücksichtigt werden.

Natürlich kommen nur solche Politiker und Diplomaten, solche Künstler und Gelehrte in Betracht, deren Judenfreundlichkeit absolut zweifellos ist. Als Beispiel möchte ich nur den gewesenen ungarischen Finanzminister Roland Hegedür nennen, der nach seinem mißlungenen Sanierungsexperiment einen Nervenzusammenbruch erlitt und Jahre lang in einer deutschen Nervenheilanstalt behandelt worden ist. Hegedür's Geist blieb umnachtet, die „Neue Freie Presse" brachte trotzdem an leitender Stelle die Artikel des Wahnsinnigen, weil er in einem dieser Aufsätze schrieb: „In Ungarn gibt es keine Judenfrage, man braucht sich daher nicht den Kopf mit der Lösung dieser Frage zu zerbrechen." Nur weiß es jedes Kind in der Welt, daß das verstümmelte Ungarn an dieser offenen Wunde leidet und wenn von auswärts keine Rettung kommt, an dieser Pestbeule zugrunde gehen wird. Wir finden in der „Neuen Freien Presse" neben den Aufsätzen des judenfreundlichen, konservativen, legitimistischen, wirklichen Geheimrates Dr. Gustav Gratz Artikel des ebenfalls philosemitischen, linksradikalen, republikanischen Abgeordneten Nassoy. Neben den Aufsätzen der griechischen Thronstürzler die pikanten Artikelserien der rumänischen Königin. Die Wiener Judenzeitungen machen keinen Unterschied zwischen Monarchisten, Republikanern, Revolutionären, nur eine Bedingung wird an sie gestellt; sie müssen judenfreundlich sein, die Interessen Israels fördern. Jede geringste Nachricht wird sorgfältigst untersucht, ob sie auch diesem Standpunkt entspricht. Nicht einmal zufällig werden wir in den Judenblättern Wiens eine Nachricht, ein Telegramm oder einen Aufsatz finden, welcher den jüdischen Interessen zuwiderläuft, aber auch nicht eine Nachricht werden wir vermissen, welche den Gegnern des Judentums irgendwie nachteilig sein könnte. Die von Juden begangenen Verbrechen, Schwindeleien, Betrüge werden sorgfältigst verschwiegen, die Irrungen der Judengegner und der Christen, die nicht einmal antisemitisch sind, aufgebauscht. Über den niederträchtigen Mord der Chicagoer Judenmillionäre veröffentlichen sie nur jene Telegramme, die geeignet sind, die zwei Lustmörder den Lesern sympathisch erscheinen zu lassen. Die Nachricht, daß sie nicht, wie verdient, hingerichtet, sondern zu Zuchthausstrafen verurteilt werden, so daß sie früher oder später dem Judentum gerettet werden können, wird mit Jubel verkündet, dagegen entsendet man Spezialberichterstatter zum Haarmanprozeß nach Hannover und zum Angersteinprozeß, bringt seitenlange Berichte nicht nur von den Sonderkorrespondenten, sondern von jüdischen Psychiatern, Ärzten usw. Sie zittern um das Leben der Gaunerbande Barmat, des jüdischen Mörders Löbl in Budapest, der mit dem Ritualmesser einen ungarischen christlichen Soldaten niederschlachtet, toben dagegen, wenn ein christlicher Verbrecher ins Zuchthaus gesandt und nicht ohne Gnade aufgehängt wird, und jubeln, wenn zufällig auch ein Nichtjude einen Gaunerstreich wie Barmat, Kutisker, Castiglioni ausübt.

Die Wiener Presse ist zweifellos die Hochschule der jüdischen internationalen Journalistik. Wenn wir die „modernen" deutschen Zeitungen betrachten, können wir feststellen, daß sie nach „Wiener Mode" redigiert, nach Wiener Muster geschrieben werden. Sehen wir uns bloß die Berliner Sensationszeitungen „B. Z. am Mittag", „Acht-Uhr-Abendblatt", „Nationalzeitung", die „Vossische Zeitung" an. Derselbe jüdische Geist, dieselben jüdischen Methoden. Faustdicke Lügen, die dreistesten Erfindungen, Entstellungen und Fälschungen wimmeln durcheinander. Begreiflicher wird es, wenn man weiß, daß diese Blätter in allerengstem Kontakt miteinander stehen, dieselben Mitarbeiter, Korrespondenten haben. Der jüdische Journalist, der in der Redaktion des „Neuen Wiener Journals" sitzt und gleichzeitig Berlin, München, Paris, London und Budapest „bedient", wird doch seine Berichte nicht für jedes Blatt anders schreiben, und weshalb sollte er es denn machen? Der Zweck ist doch, schnell arbeiten, viel verdienen, das jüdische Gift in gleichen Mengen dem deutschen, englischen, französischen Publikum einzuflößen.

Der jüdische Zeitungskorrespondent der Wiener Blätter hat die Aufgabe, wo er auch sitzen möge, alle Ereignisse zu beobachten, welche für das internationale Judentum wichtig sind. Erscheint z. B. der jüdische Gesandte Österreichs in London, beim Zentralkomitee der Zionisten, um im Namen seiner Regierung die Erklärung abzugeben, daß die Wiener Regierung für den ungestörten Verlauf des Wiener Zionistenkongresses mit ihrer ganzen Autorität Sorge tragen wird, dann ist es die Aufgabe des Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" oder „Wiener Journals", die Nachricht der internationalen Presse der ganzen Welt zuzuführen. Jeder Schritt Einsteins wird verfolgt und keine seiner Reden darf verlorengehen. Die Welt muß, ob sie will oder nicht, von diesem Mann Kenntnis nehmen, sich mit ihm beschäftigen. Über das Meisterwerk Oskar von Müllers ist nach drei Tagen frisches Gras gewachsen. Den diesjährigen Nobelpreisträger für Literatur, einen Polen, der kein Philosemit ist, ließ man schnell vergessen, sein Name wurde in die Vergessenheit begraben, dagegen wird der judendemokratische Thomas Mann bei jeder passenden und nicht passenden Gelegenheit gefeiert, interviewt, in die Wolken gehoben. Wir suchen vergebens den Namen Hans Pfitzners in den Judenblättern, dagegen können wir genau verfolgen, wo und wann der Jude Bruno Walter dirigiert, was dieser und jener jüdische Musiker komponiert. Wenn der Schmutzfinke Franz Molnar nach London reist, unterrichten uns die jüdischen Zeitungen, wie sein Auto aussieht, in welchen Hotels er absteigt, welche Klubs ihn empfangen werden, von den christlichen Schriftstellern weiß man nicht einmal, ob sie leben, nicht nur sie, sondern auch ihre Werke werden verschwiegen. Die Sensation der diesjährigen Glaspalastausstellung ist ein Meisterwerk des Prof. Gröber, Tiraden werden aber über die abgeschmackten „Impressionen" Lewis Corinth gesungen.

Wohin wir uns auch wenden, welches Gebiet wir auch beschreiten, sehen wir überall dieselbe Taktik, dieselben Methoden. Jeder Künstler, Gelehrte, Politiker, Erfinder, Staatsmann und Schöpfer wir ausspioniert, wie er sich dem Judentum gegenüber stellt, je größer seine Judenfreundlichkeit, um so sicherer ist sein Erfolg. Wehe dem, der aus seinem Herz keine Mördergrube macht, falls er kein begeisterter opportunistischer Philosemit ist. Seiner Karriere wird rasch ein Ende bereitet, er wird lebend begraben, seine Werke finden keinen Verleger, seine Kunst keine Anhänger.

Die jüdische Weltpresse reguliert nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das ganze kulturelle und wissenschaftliche Leben. Sie ist mächtiger als manche es denken würden, und diese Macht verdankt sie nicht in letzter Linie der christlichen und völkischen Ohnmacht. Hinter ihr steht fest wie ein Felsenblock das internationale Kapital, die Banken, die nicht einzelne Journalisten, sondern die Presseunternehmungen finanzieren, ohne einen direkten Gegendienst zu fordern. Sie wissen, daß das Geld zu jenem Zweck, den auch sie verfolgen, verwendet wird. Ich will nur ein einziges sprechendes Beispiel anführen. Der bekannteste jüdische Finanzmagnat Simon Kraus fütterte mit Millionen die Wiener ungarisch-jüdisch-bolschewistische Presse. Während das christliche Ungarn ohnmächtig gegen diese Verleumder kämpfte und nicht wußte, woher sie das Geld nehmen, lieferte ihnen der Kanzler Renner gratis Rotationspapier und die Budapester und Wiener Banken zahlten die Druckkosten und die Mitarbeiter.

Die Gehaltsverhältnisse der unteren Beamten

Aus Beamtenkreisen erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Angesichts der Notlage der Beamten der unteren Besoldungsgruppen wird in den meisten Tageszeitungen diesbezüglich nicht objektiv genug berichtet. Da schreibt z. B. die „Bayer. Staatszeitung" in einer Nummer vom Oktober und vom 20. November 1924, daß nunmehr die oberen Beamten 98 Prozent und die unteren 126 Prozent ihres Nominalfriedensgehalts beziehen. Für die unteren Beamten ist diese Aufstellung eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. Vor einigen Wochen wurde mir zur Empfangsbestätigung die Hauptjahresquittung für 1923/24 (d. i. vom 1. bis 1. Oktober) vorgelegt. Hier war ein Gesamtjahreseinkommen von 1327 M. zu quittieren. Besoldungsgruppe III nach 21 Dienstjahren, verheiratet.

Nach Friedenseinkommen wäre für ehem. Gehaltsklasse 25 — 2100 M. Jahres- und 175 M. Monatsgehalt — maßgebend. Für Monat Juni 1925 war die Zahlung 168 M., also noch nicht das gewiß nicht hohe Friedensnominaleinkommen.

Die derzeitige Kaufkraft der RM. zu 50—60 Pfennig gerechnet = 80—90 M. Reallohn mtl. Das ist in einer Großstadt für verheiratete Staatsbeamte jedenfalls nicht das Existenzminimum und folglich Grund zur Unzufriedenheit.

Wir wurden in der neudeutschen Republik schon zu oft betrogen, um noch das ehemalige Vertrauen zu diesen Körperschaften, gesetzgebenden Faktoren oder Einzelpersonen zu haben, welche verantwortlich für dieses unsoziale System sind. Diese machen lieber den Gerichtsvollzieher für Erfüllungszwecke für die internationale Judenbörse; die eigenen Volksgenossen sollen nur schuften für ein Almosen, für einen Hungerlohn, sie sollen sich ihres Sklavendienstes bewußt werden.

Es ist einmal notwendig, auszusprechen, was ist. Schon im Interesse der zu erstrebenden Einheit und Einigkeit des deutschen Volkes. Falsche Sentimentalität hilft uns nichts. Viele der unteren Beamten werden enttäuscht, verärgert und verbittert durch die schmähliche Behandlung zu einer Gesinnung und in jene Reihen getrieben, wohin sie es selbst und der Staat nicht gewünscht hätten. Es mag dies für beide verhängnisvoll werden.

Während eines Urlaubes ist so mancher gezwungen, in den Wald zu fahren, um Brennmaterial zu besorgen. Eingaben um Aufbesserung werden ignoriert, es wird nicht Notiz davon genommen. Man hat oft das Gefühl, als Menschenware behandelt zu werden. Wer diese Gehaltsbestimmungen macht, der sollte bei unserer dienstlichen Tätigkeit und Verantwortung, bei gleich unzulänglichen Einkommen, uns einmal selbst nur ein Jahr lang vorleben, dann würden diese Herren gewiß anders urteilen.

Im Haushaltausschuß des Bayer. Landtages im April heurigen Jahres hat der Herr Finanzminister erklärt, daß ein Teil der unteren Beamten bei Überführung in das neue Besoldungsgesetz ungünstig eingestuft worden wäre, zugleich hat er hier für den nächsten Haushalt möglichst Abhilfe zugesagt bzw. in Aussicht gestellt. Wir glauben an Abhilfe von der Seite nicht mehr. Eine der vier himmelschreienden Sünden heißt: „Vorenthaltung des verdienten Tag- oder Arbeitslohnes." Frisierte offizielle Berichte vermögen uns nicht mehr zu täuschen. Es wurden uns als langgedienten Militäranwärtern mit nicht nennenswerten Einkommen Lebensstellungen — wenn auch nur bescheidene — gewährleistet, doch nun sehen wir uns wiederholt darum gebracht. Das bekannte Überfließen von Wohlwollen ist als billig zu betrachten. Die Berliner Herren und sonstigen Maßgebenden dünken sich souverän, ohne auch nur die geringste Kenntnis der nun doch schon seit geraumer Zeit bestehenden traurigen Notlage der hier Betroffenen.

Die fortschreitende Proletarisierung auch eines großen Teiles der Beamtenschaft, veranlaßt durch die Ausbeutung und ungenügende Gegenleistung für pflichtgemäße Arbeit einerseits, anderseits das übertrieben standesgemäße Leben, der Mangel an sozialem Empfinden bei vielen kompetenten Stellen und die Unfähigkeit für objektive Beurteilung, beschleunigt den Prozeß, der verhängnisvoll für Staat und Gesellschaft zu werden droht.

Beginn der Bayreuther Festspiele

Die Festspiele haben begonnen. Unter den Fremden ist das Element aus den angelsächsischen Ländern am stärksten vertreten. Die Stadt selbst hat ihr Festspielgewand angezogen. Bei der Auffahrt zum Festspielhaus tritt das Auto immer mehr in den Vordergrund. Das Festspielpublikum trägt einen ungewöhnlichen Modeluxus zur Schau. Die erste Aufführung der Meistersinger von Nürnberg mit dem Stuttgarter Hermann Weil als Hans Sachs gestaltete sich vor vollbesetztem Hause zu einem großen Erlebnis. Die verantwortlichen Leiter der ersten Aufführung, Siegfrid Wagner als Oberleiter, Prof. Rübel als Leiter der Chöre, Kranich als technischer Leiter und Dr. Muck als musikalischer Leiter und Dirigent hatten eine erstklassige Aufführung herausgebracht, die für den weiteren Verlauf der diesjährigen Festspiele viel Gutes verspricht. Unser Sonderberichterstatter wird über den Verlauf der Festspiele fortlaufend berichten.

Massenaufhebung bayerischer Finanzämter?

Die Mitteilung von der durch das Reichsfinanzministerium drohenden Aufhebung von 50 Prozent der bayerischen Finanzämter hat den Landesdienst der Telegraphen-Union veranlaßt, an zuständiger Stelle in Berlin Erkundigungen einzuziehen. Danach wird auf die auch in einer Rede des Reichsfinanzministers erwähnten und vom Gesamtministerium als notwendig bezeichneten Sparmaßnahmen hingewiesen. Dort, wo es verwaltungsmäßig durchführbar ist, sollen nach Möglichkeit Zusammenlegungen von Ämtern erfolgen. Die einzelnen im Rahmen eines Sparprogramms erwogenen Maßnahmen haben jedoch noch zu keinen bestimmten Vorschlägen geführt; insonderheit trifft es nicht zu, daß etwa in Bayern oder in anderen Ländern die Finanzämter prozentual abgebaut werden sollen.

Münchner Beobachter

„Die feindlichen Brüder" oder „Die Einnahmen an den Mietzinssteueranteilen"

Bekanntlich verlangt der Staat statt der ihm bis jetzt zugekommenen Hälfte der Mietzinssteuer ⅘ derselben rückwirkend bis 1. April, während demgemäß der Stadt nur ⅕ verbleiben soll. Darob große Entrüstung im Stadtrat, ja man scheint auf die Kollegen drüben im Landtag ernstlich böse zu sein. Allerdings bei Tisch, das heißt bei den zahlreichen Festessen, Weinproben usw., zu denen man in Gottesnamen, weil es halt die Repräsentation des hohen Amtes verlangt, hingeht, hört man's anders, da sind sie alle nach dem so und sovielten Glaserl ein und derselben Ansicht, daß ein rheinisches Mädel beim rheinischen Wein der Himmel selber sein müsse und was dergleichen Dinge mehr sind, für die man in einem angefeuchteten Kreise schwärmt. Aber das geht ja den steuerzahlenden Laien gar nichts an, der soll fest blechen, schließlich, daß man ihm weismacht sich seiner anzunehmen, indem man, tröstliche Aussichten, die Schuld an den hohen Steuerlasten auf die andern schiebt. So läßt jetzt der Münchner Stadtrat einen geharnischten Schmonzes gegen die bayrische Staatsregierung los, dessen langer Ausführung dunkler Sinn ist, der Staatsminister der Finanzen habe gesagt, „die Stadt München hat gegen die Kürzung der Mietzinssteueranteile laute Töne angeschlagen, während sie für die Geldentwertungsabgabe 1925 4 Millionen Mark vorgesehen habe, die aber nach der Kürzung noch 8 Millionen ausmache." Es muß jedoch widersprochen werden, daß die Stadt 8 Millionen hätte einsetzen können. Das Staatsministerium der Finanzen hat gegenüber der Berechnung der Einnahmen auf der Grundlage von 22 % der Friedensmiete und gegenüber der Berücksichtigung der Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken durch den Stadtrat darauf aufmerksam gemacht, daß die Abgabe zum Ausgleich der Geldentwertung sich ab 1. Juli 1925 auf 25 % der Friedensmiete bemesse, daß eine individuelle Anrechnung von Zinsen aus aufgewerteten Hypotheken nach den jüngsten Vorschlägen des Reichsfinanzministers nicht stattfinden werde, und daß die Mittel zur Bezahlung dieser Zinsen aus einer Erhöhung der Miete beschafft werden müssen. Gegenüber der Anschauung des Staatsministers, daß der Stadt immer noch 8 Millionen zur Verfügung ständen, müsse bemerkt werden, die Mietzinssteuer betrug bei Abschluß des Haushaltplanes 22 % der Friedensmiete. Erst seit dem 1. Juli wurde bekannt, daß sie auf 25 % erhöht wird. Es können aber keine Absichten des Reichsfinanzministers, sondern nur gesetzliche Grundlagen bei einem Haushaltplan in Betracht kommen. Der Stadtrat wird selbstverständlich nicht verfehlen, eventuelle Mehreinnahmen dem Wohnungsbauprogramm zur Verfügung zu stellen. Wenn der bayr. Finanzminister sicher ist, daß 8 Millionen eingehen, dann hätte er das Anerbieten der Stadt nur anzunehmen brauchen, gegen Übernahme der Ausfallgarantie durch das Staatsministerium jede beliebige höhere Summe für Mietzinssteueranteile im Haushaltplan einzusetzen und dem Wohnungsbauprogramm zuzuführen. Dieses Anerbieten lehnte das Ministerium ab. Wenn der Minister zugibt, daß vom Staat eine Ausfallgarantie nicht übernommen werden kann, weil unvorhergesehene Ausfälle eintreten könnten, so könne er das auch von der Stadt nicht verlangen. Der Staatsminister hat mit der Frage der finanziellen Lage der Gemeinden die Besoldung der Gemeindebeamten verbunden. Der Stadtrat kann nur hoffen, daß der Herr Staatsminister der Finanzen, der die Eingriffe des Reiches in die finanzielle Lage und die Besoldungspolitik des Staates schon oft unbequem empfunden hat und gegen diese Eingriffe mit Recht aufgetreten ist, künftig gegenüber den Gemeinden das vermeidet, was er selbst von seiten des Reiches für untragbar empfindet.

Kurz und gut, der Staat braucht Geld, die Stadt kann keins entbehren. Nun zerbrechen sich die hohen Herrschaften die Köpfe, ob man den Steuerzahler mit einer höheren Mietzinssteuer belegen oder eine andere Steuer erhöhen oder, was am schwierigsten ist, eine neue Steuer erfinden soll; in der Auswirkung immer das Gleiche, er muß mehr zahlen, damit letzten Endes „erfüllt" werden kann!

*

Heim für hirnverletzte Kriegsbeschädigte. Ein Kriegsbeschädigter aus dem letzten Kriege hat seine gesamten Versorgungsgebührnisse an das kürzlich eröffnete Heim für hirnverletzte Kriegsbeschädigte, München, Parcivalplatz 2a, abgetreten. Dieser Beweis treuer Kameradschaft verdient öffentlichen Dank.

Vielleicht regt sein Beispiel andere, besonders auch solche, die kein Blutopfer für das Vaterland bringen mußten, an, auch ihr Möglichstes zu tun, um ein Werk zu unterstützen, das, wie das Heim für Hirnverletzte, den schwerstbetroffenen Opfern des Krieges dienen will.

Gehaltsregelung im Münchener Großhandel. Vom **Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband** wird uns mitgeteilt:

Der Schlichtungsausschuß München hat am 22. Juli, betreffend Gehaltsregelung im **Münchener Großhandel**, folgenden Schiedsspruch gefällt:

„Die Gehälter der kaufmännischen männlichen Angestellten werden mit Wirkung ab 1. Juli wie folgt festgesetzt:

Berufsjahr:	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Mark:	94	105	116	127	138	150

Berufsjahr:	10.	11.	12.
Mark:	105	175	182

Die übrigen Bestimmungen bleiben bestehen. Die Mitglieder bezw. Vertrauensmänner des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes für die Fachgruppe Großhandel nehmen in einer für **Dienstag, den 28. ds. Mts., abends 8 Uhr,** stattfindenden Versammlung zu dem Schiedsspruch Stellung.

Sächsische Gesandtschaft (Telephon-Nr. 43 096). Die Büroräume der Sächsischen Gesandtschaft befinden sich vom 25. Juli 1925 ab in der Maria-Theresia-Straße 15.

Schmidt, Sächsischer Gesandter.

Die Pensionszahlung an Offiziere usw. für Monat August 1925 erfolgt beim Versorgungsamt München-Stadt im Amtsgebäude — Heßstr. 104 — für alle Barempfänger am Freitag, den 31. Juli von 10 bis 1 Uhr.

Beleuchtungstechnik. Die Fa. Ehrich & Graetz A. G., Berlin, Herstellerin des weltbekannten Graetzinlichtes, ist auf der **Deutschen Verkehrsausstellung** mit ihren bei der Eisenbahn und Post als Notbeleuchtung sowohl, wie als allgemeine Beleuchtung eingeführten **Petromax-Petroleumstarklichtlampen**, vertreten. Die einzelnen Lampentypen sind an einem Mast aufgehängt, der auf dem Ausstellungsbahnhof aufgestellt ist.

Ferner zeigt die Fa. die von ihr hergestellte elektrische Waggonbeleuchtung, die in dem aus dem Betriebe gezogenen Wechselstromtriebwagen der Strecke Blankenese-Ohlsdorf eingebaut sind.

Werbewoche der ambulanten Gewerbetreibenden. Der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender, Sitz Berlin, Gau Süden, Sitz München, veranstaltet in der Zeit vom 15. bis 31. Juli eine „Werbewoche" lediglich zu dem Zweck, um die in letzter Zeit mit größter Heftigkeit auftretenden Angriffe gegen das ambulante Gewerbe abzuwehren und darüber hinaus auch die Wandergewerbetreibenden auf die Gefahren, in welchen sich ihr Beruf befindet, aufmerksam zu machen. Da es sich hierbei um einen Kampf schwerster Art für die kleinsten aller Gewerbetreibenden handelt, so ist das ambulante Gewerbe gezwungen, diesen Kampf in aller Öffentlichkeit zu führen.

Rückzug der farbigen Franzosen?

Wenn in diesen Tagen Nachrichten durch die Zeitungen gehen über den Rückzug der farbigen Truppen aus den besetzten Gebieten, so kann nicht dringend genug vor Optimismus in dieser Richtung gewarnt werden. Es dürfte sich dabei wohl wieder einmal nur um ein echt französisches **Pressemanöver** handeln, das den Protest der Welt gegen diese Rassen- und Kulturschande vorübergehend beschwichtigen soll.

Die Geschichte der Besetzung der Rheinlande ist die Geschichte fortgesetzter Versündigung weißer Franzosen an der weißen Rasse, durchgeführt von der schwarzen. Umso notwendiger ist die Aufklärungsarbeit des „Deutschen Notbundes gegen die schwarze Schmach und die Bedrückung der besetzten Gebiete" im In- und Ausland. Seine Zeitschrift „Die Schmach am Rhein" beginnt ihren 5ten Jahrgang mit einer Nummer, die u. a. eine Karte der besetzten Gebiete bringt, in der alle Garnisonsorte mit farbiger Besatzung verzeichnet sind. Daneben werden wieder Gewalttaten farbiger und weißer Franzosen berichtet und zwar aus allerneuester Zeit.

Ein besonderes Verdienst erwirbt sich die Schriftleitung durch die Wiedergabe der Ausführungen wahrheitsmutiger politischer Persönlichkeiten im Ausland über deutsche Schicksalsfragen, deren Kenntnis für alle Deutschen von größtem Interesse ist. An jeden aber ergeht der Ruf nicht nur „mitzufeiern" sondern auch „mitzuhelfen" an der Beseitigung der Not, die über 10 Millionen unserer Landsleute durch die französische Militärherrschaft verhängt ist.

Von der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Notbundes München, Finkenstr. 2/III, ist die 8seitige Nummer für 20 Pf. zu beziehen.

Wetterbericht vom 24. Juli: Weitere Gewitterregen.

Das Leben ist ein Kampf und ohne innere Kämpfe kämen wir zuletzt zur Versteinerung. Ohne Kampf kein Leben. Nur muß man in allen Kämpfen die nationale Frage doch immer als Sammelpunkt haben und das ist für uns das Reich, nicht so, wie es vielleicht gewünscht wird, aber so, wie es besteht, das Reich und sein Kaiser, der der Vertreter davon ist.

Bismarck.

„Ich hatt' einen Kameraden . ."

Skizze von Otto Henschel.

Was sind denn das für Klänge, die da aus der Ferne an mein Ohr dringen? Sie kommen mir so bekannt vor. Lange kann's nicht her sein, daß ich sie gehört und miteingestimmt habe, und doch ist es, als ob Hunderte von Jahren dazwischen liegen. —

Jetzt biegt's um die waldige Wegecke. Schüler sind es, auf einem Sonntagsmarsch befindlich, — Buben, wie ich einst einer war, voll seliger Freude über all das Schöne, das man in jenen sonnigen Jugendtagen nur sieht, ohne die Schatten bei allem zu erblicken, voll Begeisterung über vor ihnen schwebende Ziele, deren erste Umrisse sie schon zu erkennen wähnen.

Der Trommel- und Pfeifenklang kommt näher. Nun sehe ich sie deutlich. Voran marschiert der Herr „Tambur". Stolz trägt er im Gleichschritt seinen Stab, wie vielleicht einst sein Vater in ernsten Stunden — stolz, seiner jugendlichen Würde bewußt. „Ich hatt' einen Kameraden" und — „Die Vöglein im Walde, die sangen so wunderschön, in der Heimat gibt's ein Wiedersehn", singen die jugendlichen Wanderer. — Ja, so viele Kameraden hatte ich, und wie so mancher hat seine Heimat, seine Lieben nicht wieder gesehen? —

Wehmut will mich beschleichen, da klingt's: „Turner, auf zum Streite!" Richtig, dort sind ja in der schwarz-weiß-roten Fahne, die der größte und stämmigste von allen mit kräftigen Fäusten hält, die vierfachen Turner-F, der alte Wahlspruch, den Vater Jahn einst der deutschen Jugend mit auf den Weg gegeben hat in Tagen, die dem Ernst der Jetztzeit in vieler Beziehung ebenbürtig waren. „Frisch, fromm, fröhlich, frei!" — Wollt ihr diese Worte mitnehmen auf euren Lebensweg? Als deutsche Jungens? Frisch sollt ihr sein immerdar, fröhlich und frei im Bewußtsein treuer Pflichterfüllung jeder an seinem Orte, behaltet aber auch den Glauben an den Vater droben über den Sternen, den Glauben, den treue Elternliebe euch in das Herz gepflanzt hat, den Glauben, der uns auch in der allertiefsten Not hilft. Seid fromm!

Wenn ich so euch Jungens sehe, eure gebräunten Gesichter, eure lachenden, blitzenden Augen und unwillkürliche Straffheit — und ich sehe euch mit den Augen eines Vaters, der selbst fröhliche Buben hat und ihren Frohsinn erhalten möchte, der ihr Bestes im Rahmen unseres gemeinsamen Volkes wünscht —, dann kann ich nicht schwarz in die Zukunft sehen, denn ich erblicke den Kern in unserer deutschen Jugend, und dieser Kern ist gesund — trotz aller Zeiterscheinungen. Was deutsch ist, ist und bleibt eben deutsch. Das wird sich durchsetzen trotz aller Anfechtung. Man kann uns wohl hier auf Erden die adamitische Hülle rauben, das Andenken an Vergangenes und der Gedanke an kommende Größe unseres Volkes bleibt und strafft Geist und Körper — —

„Turner, auf zum Streite . . ." — —

In der Ferne verklingt das Lied, es summt mir aber noch weiter in den Ohren und gibt mir für den ganzen Tag das Motto: „Frisch, fromm, fröhlich, frei!" Frisch auf zur Tat und fromm im Glauben, dann werden wir auch fröhlich und frei sein! Dann werden wir auch dereinst wieder mit Bismarck sagen können: „Wir Deutsche fürchten nichts als Gott in der Welt!"

Habt ihr nachher noch „O Deutschland, hoch in Ehren" gespielt und gesungen?

Ich nehme es fest an und drücke euch deutschen Jungens die Hand! — —

Der unsterbliche Taugenichts

Aus dem Chinesischen übersetzt von W. Carl.

Nach chinesischer Ansicht besitzt der Mensch zwei Seelen, eine höhere, die beim Tode in die Unterwelt eingeht und dort wiederverkörpert wird, und eine niedere, die sich nach dem Tode mit dem fortschreitenden Zerfall des Körpers allmählich auflöst. Verläßt die höhere Seele zeitweilig den Körper, so ergreift die niedere Seele die Herrschaft und führt Untaten aus. Zahlreiche Erzählungen behandeln dieses Gebiet, und eine möge hier folgen.

In grauer Vorzeit lebte ein Taugenichts, dessen Prozeßakten sich bei den Gerichten zu Bergen häuften. Der Mandarin hatte ihn schon verschiedene Male zu Tode prügeln, köpfen und ins Wasser werfen lassen, doch nach 3 Tagen war er stets wieder lebendig und nach 5 Tagen hatte er ein neues Verbrechen begangen. Da griff endlich der Gouverneur ein, ließ den Taugenichts abermals köpfen und Kopf und Körper an weit auseinander gelegenen Stellen verscharren. Doch auch dieses Verfahren half nichts, denn nach 3 Tagen hatte der Kopf den Körper gefunden und von den vielen Hinrichtungen verblieb dem Verbrecher lediglich ein roter Striemen um den Hals. Er setzte sein bisheriges Leben fort und beging weiter ein Verbrechen nach dem anderen. Schließlich mißhandelte er auch seine Mutter, und nun war das Maß voll, denn die Mutter ging, einen Topf in der Hand, zum Mandarin und sagte: „In diesem Topf hat mein verdorbener Sohn seine Seele verborgen. So oft er ein Verbrechen beabsichtigt, versteckt er seine Seele in diesem Topf, und daher kommt es, daß die Gerichte nicht mit ihm fertig werden, denn die so oft verhängte Todesstrafe trifft stets nur seinen Körper, nicht aber seine Seele. Diese kehrt nach der Hinrichtung in seinen Körper zurück und heilt jede Wunde. Nach drei Tagen ist mein Sohn wieder frisch und gesund und häuft Verbrechen auf Verbrechen. Jetzt hat er es sogar gewagt, sich an mir, seiner leiblichen Mutter zu vergreifen, und nun will ich nichts mehr mit ihm zu schaffen haben. Ich bitte den Mandarin, den Topf zu zerbrechen und die darin eingeschlossene Seele in alle Winde zu zerstreuen. Mein Sohn wird dann nach der nächsten Hinrichtung nicht mehr ins Leben zurückkehren können und seine Untaten werden aufhören."

Der Mandarin befolgte den Rat der alten Frau, ließ den Taugenichts langsam zu Tode prügeln und stellte nach einigen Tagen zu seiner Freude fest, daß der Leichnam diesmal alsbald in Verwesung überging und der Unhold nicht mehr wiederkommen konnte.

(Aus dem chin. Buch Sin-tsi-tsiü, 5. Kap.)

Buchbesprechungen

Altgermanische Kultur. Von Professor Dr. Gustav Neckel. Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig.

In vorliegendem Buche gibt uns der Verfasser einen kurzgehaltenen, jedoch umfassenden Überblick über die altgermanische Kultur in kritischer und durchaus sachlicher Weise. Er weist darauf hin, daß unsere Vorfahren bereits gewisse kulturelle Leistungen vollbracht haben, und bringt uns eine lebendige Darstellung der Gesellschaftslehre, der Staatsform, der Religion und der Dichtung. Im besonderen betont er, daß wir viele Eigenarten in unserem heutigen Volksleben in kaum veränderter Form erhalten haben. Eine derartige Sammlung in knappester Zusammenfassung und billiger Ausgabe (das Bändchen kostet nur M. 1.60) wird von vielen Seiten sehr freudig begrüßt werden.

Völkische Staats- und Gesellschaftslehre. Von Dr. Schmidt-Gibichenfels. Zweites Juniheft des „Völkischen Sprechabends. 32 Seiten. Preis 1,60 M.

Es handelt sich hier um den ersten Teil einer tiefschürfenden Untersuchung und großangelegten Betrachtung über Staat und Gesellschaft im allgemeinen und den völkischen Staat und die völkische Gesellschaft im besonderen. Ausgehend von sozialbiologischen und geschichtlichen Tatsachen wirft der in völkischen Kreisen wohlbekannte Verfasser ein neues, eigenartiges Licht auf Entstehung, Entwicklung und Endziel des menschlichen Gemeinschaftslebens, soweit es der nordischen Rasse und Kultur eigentümlich ist und deren besonderen Hochzielen dienen will. Der Leser gewinnt dabei neue, oft überraschende Einblicke in die Urgeschichte, sowie in die mittlere, neuere und neueste Geschichte dieser Rasse, die ja zweifellos die erste und vielleicht die einzige wirkliche Hochkulturrasse der Welt ist. Man erkennt dabei den in diesem Sinne richtigen oder falschen Verlauf der geschichtlichen Entwicklung und deren unheilvolle Beeinflussung durch gewisse überstaatliche, mit keinem bestimmten Staate auf Gedeih und Verderb verbundene Mächte, die jedem wahrhaft völkischen Gemeinwesen feindlich gegenüberstehen und aus ihrem Selbsterhaltungs- und Erhöhungstriebe heraus feindlich gegenüberstehen müssen.

Man darf dieser Neuerscheinung, die besonders zur Vertiefung der völkischen Bewegung beizutragen geeignet ist, mit gespanntem Interesse entgegensehen.

Dr. O. M.

Zeitschriftenschau

Vom „Hammer" liegt das erste Juliheft vor, dessen Leitaufsatz von Michel Sedek stammt. Er betitelt sich „Physiognomisches vom Volke Juda und das wirkliche Gottesvolk". Dann veröffentlicht Dr. Käthe Schirmacher einen Aufsatz „Wer ist Frauenrechtlerin?", der sehr lehrreich für das Wesen der deutschen Frauenbewegung ist, Randbemerkungen zur Zeitgeschichte, Buchbesprechungen usw., vervollständigen den gediegenen Inhalt des Ganzen.

„Die völkische Schule", Herausgeber A. Höhne, Berlin-Reinickendorf, hat sich die Aufgabe gestellt, wahrem deutschen Schrifttum ein Bahnbrecher zu sein und ihm in der großdeutschen Lehrerschaft den gebührenden Platz zu verschaffen. Sie ist das Organ des „Bundes völk. Lehrer Deutschlands, e. V.". Karl Bohneberg schreibt über „Erziehung und Politik", Kurt v. Strantz über „Nationaler Unterricht in der Volksschule" usw. Hoffentlich gelingt es dieser Monatsschrift, in den deutschen Lehrerkreisen eine möglichst große Verbreitung zu finden.

Das deutsche Gewissen

Ein Spielmann zieht rastlos durchs deutsche Land,
Und wenn du in einsamer Stunde
Ihm lauschest, so fühlst du in neuem Brand
Des Herzens heiß flammende Wunde.

Und hörst du im lärmenden Weltenlauf
Ihn künden das Lied deiner Schmerzen,
Dann wacht in dir trotzig die Hoffnung auf
In deinem verzweifelten Herzen.

Dann packt's dich, zu rufen durch Volk und Land
Und Streiter und Rächer zu werben.
Dann gilt dir dies Dasein als Schande und Tand
Und als Hochziel, für Deutschland zu sterben.

Werner Lenz.

Bautätigkeit u. Wohnungsamt

Alle Zwangswirtschaft ist Hemmschuh freier Entwicklung. Im Wohnungswesen bedeutet Zwangswirtschaft Verderbnis von Kultur und Sitte. Und solange die Zwangswirtschaft und die selbstherrlichen Machtbefugnisse der Wohnungsämter nicht aufgehoben werden, wird die Misere auf dem Wohnungsmarkt nicht enden. Als der Münchener Magistrat im Jahre 1918 sich gezwungen sah, an die Wohnungsfrage heranzutreten, da beschloß er eine Persönlichkeit zu suchen, die im Wohnungswesen schon Erfahrungen besäße, denn er glaubte keinen Baurat zu haben, der Münchener Verhältnisse und einzuschlagende Wege der Besserung kenne. Der kommende Mann mußte von auswärts sein.

Der Umbau der alten Schweren-Reiter-Kaserne in Wohnungen war dann das Meisterstück, das die damaligen Stadtväter in Staunen setzte. Aber es gab genug Stimmen, die sagten, dieses Werk sei ein Nichts, ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Hatte doch München bereits vor Kriegsende gewaltigen Zuzug aus von Krieg gefährdeten Gebieten und erst nach Kriegsschluß konnte alles nach München ziehen. (Man vergleiche einmal den Namensteil des Adreßbuches, sagen wir, seit Bestehen des Wohnungsamtes, also von 1918, und denjenigen von 1923 und 1925, und es wird jedem klar, warum heute noch Münchener Kriegsteilnehmer und Bürger auf Zuweisung von Wohnungen warten dürfen.)

Die Wohnungsnot wurde immer katastrophaler; ihr hätte nur gesteuert werden können, wenn ein großzügiger Gedanke die maßgebenden Kreise beseelt hätte, oder wenn man auf die wahrlich nicht wenigen Vorschläge gehört hätte. Aber man hatte keine Anregungen nötig. Und damals hätte man die private Bautätigkeit leicht entfachen können; man hätte den Interessenten nur das dann später doch zugestandene freie Verfügungsrecht gewähren müssen. Damals hätten Kriegs- und spätere Revolutionsgewinnler ihr leicht erworbenes Geld sicher nutzbringender in Häusern, als dann 1932 in Börsenpapieren angelegt. An Baustoffen fehlte es nie; es brauchten bloß nicht die sinnlosen Verfügungen von Beschlagnahme erlassen werden, denn die Kalk-, Zement- und Ziegelwerke waren glücklicher Weise von der Entente nicht als kriegsgefährlich zur Zerstörung verlangt worden. Kurzum dies wurde versäumt. Woran dies lag? hat man bei Staat und Landtag sich nicht durchzusetzen verstanden?

Die Idee durch gemeinnützige Bautätigkeit (alte Heide) als Anregung die Wohnungsnot zu beheben, versagte.

Und die jetzt mit Staats- und Kommunalgeldern namhaft ausgestatteten bezw. unterstützten ca. 50 Bauvereine und Genossenschaften vermögen die Wohnungsnot nicht einmal zu lindern, geschweige zu beseitigen. Ganz abgesehen von der Verschandelung des Städtebildes durch Mietskasernenbauten von zweifelhafter architektonischer Schönheit.

Die in der „M. N. N." vom 24. 5. 25 gegebene Statistik von Wohnungsbauten in deutschen Städten ist, was speziell Bayern und München betrifft, nichts weniger als erfreulich und es ist mir unverständlich, wie man angesichts dieser traurigen Feststellungen von einem verheißungsvollen Anlauf der Neubautätigkeit — es handelt sich doch in der Hauptsache nur um beabsichtigte Vereinsbauten — sprechen kann. Tieftraurig ist, daß nach 7 langen Jahren nach dem Krieg, in München seit Geburt ansässige Kriegsteilnehmer noch auf eine Wohnung warten müssen. Was will das heißen, wenn das Wohnungsamt München mit einer Zahl von ca. 14 000 geschaffenen Wohnungen prunkt, die noch meist nach dem System „Rein in die Kartoffel, Raus aus den Kartoffeln" beschafft wurden. In der in Nr. 131 der „M. N. N." berichteten Stadtratssitzung wurden 28 000 Wohnungsgesuche aufgegeben. Man bedenke diese Zahl gegenüber den erzielten 1400 Wohnungen. Wie köstlich mutet einen die Erklärung an „Man wird eine strenge Nachprüfung dieser Gesuche vornehmen und man wird sie ‚schon' bis Mitte nächsten Jahres vorgenommen haben." Dann wird man wohl in einem weiteren Jahr Vorschläge vorbereiten und in einem weiteren Jahr beschließen und im Jahre 2000 beginnen. — Und vor den Erklärungen eines Wohnungsamtes, das um sein Dasein fürchtete, zogen die Volksvertreter ihre Anträge demutsvoll zurück, weil das Wohnungsamt das ausnahmsweise Gute von Berlin: die Freigabe von 6- und 7-Zimmerwohnungen nicht nachmachen will und scheinbar nicht zu behandeln versteht. Freilich, ganz wäre durch diese Freigabe die Wohnungsnot nicht behoben, aber bedeutend gebessert.

Eine wirkliche Besserung, ja eine Behebung der Wohnungsnot kann man sich nur von einer einschneidenden Änderung des Systems und des Gesetzes erwarten. Man hebe die private Bautätigkeit durch ein Gesetz, wonach jeder Bauherr 10 Jahre bei freiem Verfügungsrecht, steuer- und abgabefrei für jedes erbaute Anwesen ist und in einem Jahr ist alle Wohnungsnot behoben. Die Unsummen an Bauhilfegeldern, die fast nur der Vereinsmietskasernenbauerei gegeben wird, verwende man für den Ausfall der Steuern und Abgaben. Es wird sich dann zeigen, wie schnell sich Bank und privates Kapital findet, die Arbeit und Wohnungen schafft. Eine Kommission von Praktikern, Baumeistern und Geldgebern würde es dem Stadtrat und Landtag in einer Stunde plausibel machen, was in endlosen Beratungen und Tagungen nicht zustande kommt.

Ich meine, man hätte genug Erfahrungen mit aller Zwangswirtschaft gemacht und genügende Beweise, daß mit ihrer Aufhebung sofort Besserung einsetzte. Nur die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Freiheit reguliert den Wohnungsmarkt; regelt Angebot und Nachfrage.

(Voraussetzung für die Aufhebung der Wohnungszwangwirtschaft ist allerdings, daß zumindest sämtliche seit 1914 zugewanderten galizischen und sonstigen Juden ausgewiesen werden und daß weiterhin die gesetzliche Mietspreisverordnung bestehen bleibt. Augenblicklich könnte ohne diese Voraussetzung niemand ein großer Gefallen getan werden, als den Schieberjuden, denen es möglich wäre, ihre Wünsche nach ausgedehnten Wohnräumen ohne Rücksicht auf die wohnungslosen Deutschen mit Hilfe ihres Geldbeutels zu befriedigen. (Die Schriftleitung.)

Mit den 1000 Wohnungen pro Jahr des Wohnungsamtes würde es also bei 28 000 Wohnungsgesuchen noch 28 Jahre dauern, das wäre eine Verewigung der Zwangswirtschaft und des nicht ganz mit Unrecht im Volksmund als Volksverärgerungsinstitut sattsam bekannten Wohnungsamtes. Es wäre ein großes Verdienst, wollte eine der Parteien der Wohnungsleidenden sich annehmen, und entsprechenden Antrag im Landtag einbringen. Auf den Willen kommt es an. Und wo ein Wille, da ist auch ein Weg.

Fritz Seeger.

Aus der Bewegung

Nationalsozialisten der Vorderpfalz!

Am Samstag, 1. August, abends 8 Uhr, findet in Frankenthal im Brauhauskeller die erste öffentliche Kundgebung der N. S. D. A. P. der Vorderpfalz statt. Es gilt zu protestieren gegen das Verbrechen der Hochfinanz an den Sparern und gegen das schamlose Redeverbot einer „nationalen" bayerischen Regierung für unseren Führer Adolf Hitler! Zeigt durch Massenbesuch daß wir dem unbesetzten Gebiet nicht nachstehen!

Ortsgruppe Kindenheim (Pfalz).

Am 18. Juli hielten die Kindenheimer Nationalsozialisten eine gut besuchte öffentliche Werbeversamlung ab, in der Pg. Wolf, Mainz, in altbekannter Weise über die Ziele der N. S. D. A. P. sprach. Vor Beginn der Versammlung wurde ein Judenjüngling unter dem Beifall der Anwesenden „höflich" aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Pg. Wolf trat in seinen Ausführungen besonders warm für unseren Führer Adolf Hitler ein, der einer der ersten war, die den Gedanken der wahren Volksgemeinschaft predigten. Einige Sozialdemokraten zeigten durch lächerliche Zwischenrufe, daß sie ihre geistige Kost nur von der Giftküche der „Pfälzischen Post" beziehen. Der Redner verstand es, ihnen allerlei ins Stammbuch zu schreiben, sodaß sie es vorzogen, in der anschließenden Diskussion nicht zu sprechen. Ein Kriegsinvalide geißelte die „herrliche" Versorgung der Kriegsopfer in diesem „sozialen" Staat. Zum Schluß ergriff noch Bürgermeister Heß das Wort über die schwierige Lage der Landwirtschaft. Die Pfälzer Bauern würden immer mehr erkennen, daß die wahre Vertreterin ihrer Interessen nur die N. S. D. A. P. ist.

Chemnitz

Die von der Ortsgruppe angekündigte **Hitlerversammlung** wurde am 18. Juli 1925 bei stärkster Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung in der Sporthalle der Radrennbahn abgehalten. Sie gestaltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung unserer Idee. Mehr als 5000 Männer und Frauen hofften unseren Führer von Angesicht kennen zu lernen. Leider vergebens.

Ein einziger minutenlanger Entrüstungsruf ging durch die Massen, als der Leiter der Versammlung, Parteigenosse Wierheim, erklärte, daß nach einem, mehrere Tage währenden Hin und Her Hitler verboten worden sei, in Chemnitz zu sprechen. Erst genehmigt, wurde vom Ministerium zwar nicht mehr das Verbot der Versammlung, aber am Versammlungstage vormittag das Redeverbot Hitlers ausgesprochen.

Begründung: der zur Zeit herrschende Bauarbeiterstreik und die drohende Aussperrung der Metallarbeiter, die aber nicht eingetreten ist.

Die Erregung der Versammelten stieg noch mehr, als mitgeteilt wurde, daß das Verbot aller Wahrscheinlichkeit nach auf Drängen **hiesiger einflußreicher Juden** und der um die Gunst der Massen buhlenden **Gewerkschaftsbonzen** erfolgt sei. Die Genehmigung wird erteilt, wenn „ruhigere Zeiten" eingetreten sind. Unser Führer wird dann in einer gleichen Massenversammlung sprechen.

Als Vertreter unseres Führers Hitler betrat, stürmisch begrüßt, Parteigenosse, Landtagsabgeordneter Dr Winter die Rednertribüne mit den Worten: „Die äußeren Umstände dieser Versammlung kennzeichnen die große Schmach." Nach der Aufforderung trotzdem Selbstdisziplin zu üben und das Recht auf freie Äußerung der politischen Meinung durch Wort und Schrift zu erkämpfen, begann der Redner seine 2½ stündigen Ausführungen, die von vielen Beifallsstürmen unterbrochen wurden. Er kennzeichnete auch in Ansehung dieser Versammlung die Nat.-Soz.-Bewegung als eine aus den Tiefen der Volksseele quellende Bewegung, die nicht mehr unterdrückt werden kann, und bezeichnete die Judenfrage als Haupt- und Kernfrage. Eine geistige Revolution auf sittlicher Grundlage tut not. Liebe zum Volksgenossen, vor allem zum deutschen Arbeiter sei notwendig, den die Not in die Arme des Marxismus getrieben habe, der ihn nicht vom Kapitalismus befreit, sondern ihn durch das Aufblühen des Bank- und Börsenwesens gefördert habe. Die Vorkriegs- (wilhelminische) Zeit habe zur Mitleidspolitik getrieben und für die sozialen Rechte der Arbeiter wenig getan.

Mit der Mahnung, daß ein jeder mit der Ablegung des materialistischen Geistes bei sich selbst beginnen solle und der Darlegung einer Anzahl weiterer nat.soz. Forderungen, klang der Vortrag aus in dem Rufe: „Erkennt, daß ihr die Schmach selbst verschuldet habt und habt den Willen zur Freiheit und zur Ehre!"

Den Ausführungen folgte tosender Beifall. Nach Verklingen des Deutschlandliedes durchbrauste ein dreimaliger Heilruf als Treuschwur für unseren Führer Adolf Hitler durch den weiten Raum. Es folgte das Hitlerlied, begleitet von der Stahlhelmkapelle aus dem benachbarten Hohenstein-Ernstthal, die schon vorher einige schneidige Märsche dargeboten hatte. Die Versammlung gestaltete sich zu einem Ereignis für Chemnitz, das anläßlich des 4. Sächsischen Handwerkertages im Zeichen Schwarz-weiß-rot stand und wird noch lange nachklingen. Mehrere hundert, von Juden verführte Kommunisten konnten leider nicht lassen, einige einzeln marschierende auswärtige Parteigenossen zu überfallen. Ihre Versuche, die Kundgebung zu stören, mußten sie jedoch in Erwartung eines Riesenwiderstandes aufgeben.

Landesverband Halle-Merseburg

Am Sonntag, den 2. August 1925, vormittags 11 Uhr, findet in Halle a. S., im Stadtschützenhaus, Königsplatz, die erste ordentliche Sitzung der Kreis- und Ortsgruppenführer statt. Hierzu haben sämtliche Ortsgruppen des Regierungsbezirkes Merseburg einen Vertreter zu entsenden. Aus Orten, wo sich noch keine geschlossene Ortsgruppe befindet, hat eines der Mitglieder zu erscheinen. Ortsgruppen, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, können für die weitere Bearbeitung nicht in Frage kommen.

Hauptpunkte der Besprechung: 1. Bericht über die Weimarer Führertagung. 2. Ernennung und Bestätigung der Kreisführer. 3. Verteilung der Redner zu größeren Versammlungen in den einzelnen Ortsgruppen. Anträge zur Tagesordnung sind bis Freitag, den 31. Juli 25 an die Landesverbandsführung, Geschäftsstelle Halle, Neue Promenade 7/2, einzureichen. Dieser Aufruf erscheint nur an dieser Stelle, eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht!

Ernst, Landesverbandsführer.

Die Salzburger Schilljugend in Berlin

Am Sonntag, den 19. Juli 1925, trafen 20 Jungen der Schilljugend aus Salzburg auf ihrer Ferienfahrt durch Deutschland in Berlin ein, wo sie von dem Führer der Rhenania begrüßt und ihren Quartieren bei Parteigenossen zugewiesen wurden.

Am Abend statteten sie ihren Dank ab durch eine Veranstaltung im „Patzenhofer" in Steglitz, dessen Saal die trotz der erheblichen Hitze herbeigeströmte Menge kaum fassen konnte, ein Beweis, daß auch Berlin den Wert der Jugendbewegung und vor allem den großdeutschen Gedanken zu erfassen beginnt. Ein Sängergruß eröffnete den Abend. Nach einem viel zu langen Geschichtsvortrage eines Vertreters der V. V. V., der jede Erwähnung der wahren Ursachen unseres Zusammenbruches vermied und die Darlegung der inneren Notwendigkeit eines von ihm außerdem viel zu eng gefaßten Großdeutschland vermissen ließ, wurde eine Reihe von lebenden Bildern gestellt, die mit Begeisterung aufgenommen wurden.

Der Gauführer der N. S. D. A. P. begrüßte die Salzburger als Mitglieder **unserer** Jugendbewegung und gab der Hoffnung des weiteren Erstarkens des großdeutschen Gedankens durch diese Ferienfahrt Ausdruck.

Danach verschaffte das Hans-Sachs-Spiel „Der Roßdieb von Fünsing", flott gesungene Lönslieder und heimatliche Tänze dem deutschen Humor sein Recht.

Todes-Anzeige

Am Mittwoch, 22. Juli, verschied unser lieber Parteigenosse und Sektionsmitglied

Franz Stegner

nach längerer Krankheit im Krankenhause.

Die Parteigenossen und Sektionsmitglieder werden gebeten unserem Kameraden das letzte Ehrengeleit zu geben. Die Beerdigung erfolgt am Samstag, 25. Juli, 2.30 Uhr im Ostfriedhof.

N.S.D.A.P., Sekt. Au-Giesing.

Nachruf!

Am Sonntag verschied unerwartet durch Unglücksfall unser langjähriger treuer Mitkämpfer für Deutschlands Zukunft

Pg. Otto Schäfer

im blühenden Alter von 25 Jahren.

In deutscher Kameradentreue werden wir seiner stets in Ehren gedenken.

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei.
(Kreisverein Leipzig e. V.)

Sport

2. Bayer. Kreismeisterschaften in München

Am 1. und 2. August gelangen in München auf dem Sportplatz des Turnvereins 1860 München zum zweitenmal die Meisterschaften des Bayer. Turnerbundes in den volkstümlichen Übungen zum Austrag.

Alle Vorbereitungen hierzu sind in bester Weise getroffen und so darf mit Spannung den Kämpfen entgegengesehen werden. Zum Austrag gelangen die Meisterschaften im 100-, 200-, 400-, 800-, 1500-, 5000-m-Lauf, 110-m-Hürdenlauf, Hoch- u. Stabhochsprung, Weit- u. Dreiweitsprung, Stein- und Kugelstoßen, Diskus-, Speer- und Schleuderballwerfen, Kugelschocken, Ballweitwurf, sowie der deutsche Sechskampf und Zehnkampf. Außerdem 4×100-m-, 3×1000-m- und 1600-m-Staffeln. Für Turnerinnen wird die Meisterschaft ausgetragen im: 100-m-Lauf, Hochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Ballweitwerfen, Diskus- und Speerwerfen, sowie im 4×100-m-Staffellauf. Besonders interessant wird die Bezirksstaffel über 10×½ Runde werden, für die jeder der sieben Turnbezirke des XII. Kreises je seine besten Läufer aufstellen wird.

Diese Meisterschaftskämpfe bilden gewissermaßen zugleich die Prüfung für die Zulassung zu den Ende August d. J. in Leipzig stattfindenden Meisterschaften der Deutschen Turnerschaft in den volkstümlichen Übungen.

Bei dem bedeutungsvollen Aufschwung, den das volkstümliche Turnen, die sogenannte Leichtathletik, nach der Trennung der Turner von den Sportverbänden auch innerhalb der deutschen Turnerschaft gefunden hat, darf mit Bestimmtheit auch in München, das ja eine Hochburg in der Leichtathletik ist, erwartet werden, daß nur Vollwertiges geboten wird und ein Einblick in den Stand dieses Übungsgebietes möglich ist.

Über Einzelheiten werden wir noch besonders berichten.

Gau-Gründungsschießen, Gau I Nürnberg des Fränkischen Schützenbundes, e. V. Das Gründungsschießen findet statt am 25., 26., 27. Juli, 1. und 2. August 1925 in der Bundesschießstätte, äußere Ziegelstraße 32, Gasthof „Schützengarten Lichtenhof" in Nürnberg.

Das Schießen ist offen für alle deutschen Schützen! Die Einlage ist sehr niedrig, während viele hohe Geldpreise gegeben werden, welche ganz langsam fallen, so daß auf den einzelnen Scheibengattungen noch der 25. bzw. 35. auf Fest, der 70. Preis gleich der Einlage ist.

Eine besondere Neuerung ist die Art der Vereinswettkämpfe. Hier werden nicht im voraus bestimmte Schützen aufgestellt, sondern es kann jeder einzelne für seinen Verein kämpfen. Aus der Gesamtzahl werden im Verhältnis zur Stärke des Vereins die besten Resultate herausgezogen.

Ein weiterer Vorteil in der geldknappen Zeit ist die Preisverteilung unmittelbar nach dem nur wenige Tage dauernden Schießen. Der Schütze hat daher nicht am letzten Schießtag lange auf sein eingelegtes Geld zu warten.

Nähere Auskunft erteilt Gauvorsitzender Konrad Braun, Nürnberg, Klaragasse 11.

Königin Meiken

Von Willi Scharlau.

(7. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Daß er nicht ihretwegen kam, sondern wegen Meiken, das war klar, die aber sah ihn gar nicht an. Freilich aß sie auch nicht, und Butt war doch ihr Leibgericht.

Plötzlich zeigte Jep auf den letzten leeren Stuhl und fragte:

„Wo ist denn Magnussen?"

Magnus Magnussen war sein Freund, soweit der große Altersunterschied eine richtige Freundschaft aufkommen ließ.

Magnussen war nämlich der älteste Mann auf der Insel, viel älter als der Captain, und wußte selbst sein Alter nicht anzugeben, meinte aber, es dürfte wohl so um die achtzig herum sein oder mehr.

Niemals kam er von der Insel herunter, und als er vor fünfzig Jahren einmal hinüber sollte auf das Festland, um Schafe zu verkaufen für Meiken Hansens Großvater, überfiel ihn eine derartig große Furcht vor dem Draußen, als er den Fuß in das Boot setzen sollte, daß er kehrt machte und den alten Lorenzen himmelhoch bat, er möchte einen andern schicken.

Dafür kannte er auch freilich Norderland so gut wie kein Zweiter, wußte um jedes Schaf, deren Anzahl selbst ihr Besitzer nur annähernd auf sechshundert schätzte und sagte schon im voraus, an welchen Stellen Kiebitze und Möwen legen würden.

Wegen eines schlecht geheilten Beinbruches lahmte Magnussen, was ihn aber nicht hinderte, allezeit gut zu Wege zu sein.

Trotz seines hohen Alters behielt er deshalb die Aufsicht über alles draußen weidende Vieh.

Der Captain schien Jeps Frage nach seinem alten Freunde völlig überhört zu haben. Er schwieg, und Meiken warf dem jungen Manne einen warnenden Blick zu, er sollte den Vater nicht durch Reden bei Tisch reizen.

Nur Tante Janna kehrte sich nicht an Hansens Schweigen. Mit einer gewissen Anstrengung stieß sie das eine Wort heraus:

„Vogelkoje."

Nun wußte Jep Bescheid. Um diese Zeit war die Arbeit an der Vogelkoje eine große, da alle durch Winter- und Frühlingswetter angerichteten Schäden ausgebessert werden mußten.

Unmittelbar darauf betrat Magnussen selbst die Stube, ein von hohem Alter und der langen Lebensarbeit krumm gezogener Mann mit einem dunkeln, fast gegerbt erscheinenden Gesicht und spärlichem, schneeweißen Haar.

Mit kurzem Gruß setzte er sich auf seinen Platz und begann sofort eifrig zu essen. Nur einige mit Jep Jepsen getauschte Blicke bezeugten seine Freude und Teilnahme an dessen Hiersein.

Captain Hansen stand auf und ging in die nebenan befindliche gute Stube. Auch Meiken wollte das Zimmer verlassen, als Jep sie aufhielt und leise bat, sie möchte doch noch für ein Weilchen zu ihm in den Garten kommen.

Sie schüttelte den Kopf.

„Weshalb?"

Nun wurde er dringend und redete eifrig auf sie ein. Sie aber schüttelte nur immer wieder den Kopf:

Ja, wenn sie versprochen gewesen wären, und das mit Einwilligung des Vaters, und wenn er dann hierbleiben wollte. Sie waren aber nicht versprochen, und morgen ging er auf Jahre fort.

Gewiß würde sie ihn heiraten, das wußte er, und das müßte ihm genügen. Wozu also in den Garten kommen?

Sie empfand seine Dringlichkeit als Zwang. Zwang duldete sie nicht.

„Wenn du wiederkommst, Jep." Das war ihr letztes Wort.

Dann fiel die Tür hinter ihr in das Schloß.

Auf des jungen Mannes braunem Gesicht zeigte sich eine dunkle Röte, die Adern an seiner Stirn schwollen an, er mußte die Zähne aufeinander beißen, um nicht loszubrechen.

Da hörte er Jannas Stimme neben sich, ganz leise:

„Deshalb hat sie dich doch lieber als jeden andern, Jep."

„So, meinst du?" fuhr er herum. „Wirklich? — Ich hab das auch bisher gedacht, aber das gibt ihr doch kein Recht, mich schlecht zu behandeln."

„Tut sie nicht. Kein Mensch kann anders, als er kann. Sie ist eine Lorenzen und starrköpfig, wie sie alle waren. Deshalb hat sie dich doch lieb."

„Und behandelt mich wie — na, ich will nichts sagen."

„Ist nicht an dem. Niemals wird sie dir mehr geben als sie will, — sei glücklich, daß sie dich heiraten wird."

Bis jetzt hatte auch Jep sehr leise gesprochen, fast nur geflüstert, jetzt gewann die Erregung die Überhand, seine Stimme wurde lauter, als er zu Janna sagte:

„So? Und dann wird sie mich noch schlechter behandeln? Ich lasse mir das aber nicht gefallen, — das tue ich nicht. Niemals, und wenn sie auch ganz Norderland besitzt und ihr Vater nichts, wenn sie sich meinetwegen wie eine Königin vorkommt, — das ist —"

„Um Gotteswillen, Jep, was redest du für einen Unsinn."

Sie blickte scheu nach der Tür zur guten Stube.

„Unsinn ist es, der reine Unsinn. — Wer hat dir den eingeblasen?"

Nun wurde auch der Mann wieder leise und mäßigte seine Stimme.

„Kein Unsinn ist es, Tante Janna. — Ich weiß alles von dem Testament, das drüben beim Richter in Söderland liegt."

„Und wenn es wirklich wahr wäre, laß dir um Gotteswillen gegen niemand etwas merken. Wenn der Captain es erfährt, hast du für alle Zeit bei ihm verspielt."

„Was geht der Alte mich an", brummte Jep. „Ich komme nicht zu ihm, ich komme zu Meiken."

Tante Janna sah Jep Jepsen an, wie stattlich und frisch er aussah und ihr stilles Herz war froh, daß er und Meiken ein Paar werden sollten, daß kein schmutziger Bauer oder gar ein Trunkenbold von Seemann das schöne Mädchen freien sollte.

Fortsetzung folgt.

Handel und Volkswirtschaft

Der Aufwertungsschwindel

Ein Brief an die Redaktion.

Nachstehende warmherzig geschriebenen und gefühlten Ausführungen treffen mit einen der dunkelsten Punkte des gesamten Aufwertungsmanövers. Sie decken sich mit den von unserer Seite an dieser Stelle erhobenen und auch von unseren Führern vertretenen Anschauungen. Es gab nach wie vor keine Möglichkeit, diese Kernfrage anders als im Sinne der Gerechtigkeit zu lösen, und die verschiedenen Fälle verschieden zu berücksichtigen. Vor allem aber in einer ruhigeren Zeit über die Sache zu reden, und nicht die Schicksalsfrage eines Volkes vor den Reichstagsferien totzuhetzen, und dazu noch den Namen eines Mannes zu benützen, der allen aufrechten Deutschen als ein Hort der Gerechtigkeit erschien.

„Der Reichstag hat die Aufwertungsgesetze im Galopp und ohne reichliche Überlegung genehmigt. Es hat sich eben die Vorhersage erfüllt, daß unsere Reichstagsvertreter zum Großteil von der Volkswirtschaft nichts verstehen. Was in letzter Stunde beschlossen wurde, das ist schlimmer als das Dawesgesetz. Der Reichstag hat etwas beschlossen, was wirtschaftlich an die Schäden des Versailler Vertrages heranreicht. Der größte Schwindel des Jahrhunderts ist vollzogen. Das deutsche Volk hat selbst mitgeholfen, sich zu übertölpeln. Schätzungsweise dürften die aufgewerteten Hypotheken-Pfandbriefe und Obligationen den Betrag von 30 Goldmilliarden ausmachen. Ungefähr 5 Goldmilliarden davon fließen den wirklich Geschädigten zu, es sind also dies diejenigen, die ihre Ersparnisse in sogenannten mündelsicheren Werten angelegt haben. Der Rest von 25 Milliarden fließt der nationalen und internationalen Hochfinanz zu. Diese Hochfinanz besteht heute nicht mehr aus großen Wirtschaftlern, sondern zum großen Teil aus Personen vom Schlage der Barmat, Kutisker, Michael und dergleichen. Es sind Leute, welche schon seit Jahren Hypothekenpfandbriefe, Obligationen und dergleichen aufkauften. All die dem Volke abgeschwindelten Wertpapiere wurden spekulativ gesammelt, und es hat sich schon rentiert, wenn einige Goldmillionen für die Propaganda, für die Aufwertung aufgewendet wurden. Kurze Zeit während der Beratung tauchte der Vorschlag auf, daß nur die Vorbesitzer bzw. die Sparer ihre Obligationen zur Aufwertung einreichen können, aber sofort ging ein fürchterliches Geschrei los. Die Börsen und die Hochfinanz arbeiteten mit Hochdruck und Gewaltmitteln, auch mit Androhung eines Chaos, daß diese Bestimmung wieder ausgeschaltet wurde, denn die ganze Propaganda zur Aufwertung hat nicht das geschädigte Volk gemacht, sondern diese dunklen Kreise und Mächte.

Was wir nunmehr zu fühlen bekommen, ist folgendes: Bis zum Jahre 1932 muß ein Betrag aufgebracht werden, den das deutsche Volk nicht hat. Neben den Reparationszahlungen und neben dem um das dreifache gestiegenen Verwaltungsapparat, neben den ungeheuren Zinsen an die Auslandsgelder muß noch eine Summe aufgebracht werden, welche gewaltiger ist als alles andere zusammen. Das Geld wird rar sein; daß ein Bauer oder ein Handwerker oder ein Industrieller jemals einen Kredit aufnehmen kann zu einem erträglichen Zinsfuß, ist überhaupt ausgeschlossen. Um ein paar lumpige tausend Mark wird man die schönsten Bauernhöfe kaufen können und der Gewerbetreibende und Handwerker wird wieder zum Arbeitnehmer werden müssen. Jegliche Selbständigkeit wird zu Ende gehen.

Das erste wird jetzt sein, daß eine Hochkonjunktur für unsere zahllosen Rechtsanwälte beginnt. Hunderttausende von Prozessen werden den inneren Zusammenhalt des Volkes vollends zerreißen. Den zahllosen überzähligen Banken, welche bis jetzt schlechte Geschäfte gemacht haben, wird wieder neues Triebwasser zugeführt, und jeder Besitzer eines Häuserls wird nunmehr Zinsen und Tribute zahlen müssen an irgendeine dunkle Macht. Unsere Industrie, welche infolge der Umsatzsteuer und der ungerechten Einkommensteuer (auf der Basis des Umsatzes), ferner der sonstigen sozialen Lasten und schwerfälligen Verwaltungsarbeiten an und für sich um ihre Existenz schwer ringt, wird neuerdings so belastet, daß es sich besser lohnt, die Betriebe einzustellen, denn heute schon fällt es vielen Industriellen nicht mehr ein, Umsätze zu machen, da ihnen ja das Rentamt doppelt soviel wegnimmt, als verdient wird.

Es wäre schon möglich gewesen, wirklich Geschädigte einigermaßen zu entschädigen. Aber dann wäre es kein großes Geschäft gewesen und die Lumperei hätte nicht gesiegt. Es hat sich wieder bewahrheitet, daß an einem kranken Volkskörper jeder Bazillus seine Nahrung findet und ungestört herumwühlen kann, und dieser Bazillus hat nun wieder einen neuen Nährboden gefunden.

Die heuchlerischen Propagandamacher für die Aufwertung benützten auch das Gerechtigkeitsgefühl zu ihren Zwecken. Sie sagen, es muß Vertrauen und Ehrlichkeit in deutschen Landen herrschen und es ist Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß die ungerecht Geschädigten wieder zu ihrer Staatshoheit Vertrauen haben.

Das Gerechtigkeitsgefühl des Deutschen ist im Laufe der letzten 10 Jahre derart erschüttert und verletzt worden, daß die Menschen wie arme Blinde herumtappen. Hunderttausende von Fehlurteilen wurden gefällt. Unseren Richtern wurde zur Rechtsprechung der Boden entzogen und alles, was gerichtet und entschieden wurde, war nur eine Verlegenheits- oder eine Notaffäre. Hätte man vor zwei Jahren über alles, was vergangen war, einen dicken Strich gemacht und von da an eine unbedingte Ehrlichkeit und Gerechtigkeit eingeführt, so wäre dem Volke am meisten gedient gewesen. Ebensogut wie ein Vater seine drei Söhne verloren hat oder der andere sein Augenlicht, hat es eben Nichtkriegsteilnehmer gegeben, welche ihr Vermögen verloren haben. Der Krieg und der Verlust des Krieges ist nicht nur ein nationales, sondern auch ein menschliches Unglück. So ein Unglück ist über das deutsche Volk gekommen, und das deutsche Volk müßte zusammenstehen, wie eine Familie mit vereinter Kraft und vereinter Liebe neu aufbauen auf den Ruinen. Der Bauer hat seine Scholle im Vaterland, der Gewerbetreibende seinen Betrieb ebenfalls, der Fabrikant seine Fabrik genau so, davon kann nichts verschoben werden. All das zusammen bildet das Nationalvermögen eines Volkes und dieses darf nicht belastet werden zugunsten internationaler und nationaler Schwindel- und Profitgeier. Nur ein Volk, welches versteht, dieses Gelichter fernzuhalten, kann innerlich gesunden und den Kampf gegenüber den Feinden aufnehmen. Dieses Ziel ist das Ideal und das Ziel der ehrlichen Vaterlandsfreunde, und dieses Ziel wurde durch sinnlose Gesetzgebung über die Aufwertung in weite, weite Ferne gerückt."

Zu diesen Ausführungen ergänzen wir noch:

Es handelt sich bei diesen Gesetzentwürfen um die Fortsetzung eines Systems des absolutesten Unrechts. Diese Gesetze schaffen schon dadurch, daß man zwei verschiedene Gesetze macht, zweierlei Recht oder, besser gesagt, Unrecht. Daß von der Regierung selbst die Anleihen von Reich und Ländern viel geringer bewertet werden sollen, also viel höher abgewertet werden sollen, als die Schulden der Privatwirtschaft, zeigt, wie wenig staatlichen Egoismus dieses sogenannte Deutsche Reich heute noch aufbringt. Denn an sich müßte schon staatlicher Egoismus verlangen, daß die Anleihen, die seinerzeit mit allen Sicherheiten ausgestattet worden sind, für die Staat und Reich die Haftung durch ihre Staatsmänner übernommen haben, in erster Linie Berücksichtigung finden.

Die Wiederherstellung des Rechts wäre die erste Aufgabe des Staates. Denn nur dann kann der Staat verlangen, daß man ihm wieder Vertrauen schenkt. Aber ganz abgesehen von diesen staatspolitischen Notwendigkeiten verlangen auch wirtschaftliche Gesichtspunkte, daß man dem Volk sein Sparkapital wiederherstellt. Die Zerstörung des ganzen Sparbesitzes hätte an sich eine gewaltige deflatorische Wirkung auf die noch übrigen Zahlungsmittel ausüben müssen. Daß dies nicht der Fall gewesen ist, haben wir erlebt. Umgekehrt kann keinesfalls die Behauptung aufrechterhalten werden, daß eine Wiederherstellung des Sparbesitzes der Nation inflatorische Wirkungen haben kann.

Man müßte bei der Regelung der Aufwertungsfrage schließlich genau so verfahren, wie bei einem gewöhnlichen bürgerlichen Konkurs. Also Feststellung der sämtlichen auf Papiermark lautenden Forderungen, zweitens die zusammenfassende Feststellung all der Quellen, die noch im Staat, in der Gemeinde, beim Reich und bei der Privatwirtschaft usw. angeschlagen werden können. Man könnte ganz gewiß vorweg die kleinen Sparer, die nach der jetzt beabsichtigten Regelung praktisch gar nichts bekommen werden, fast voll befriedigen.

Bei einer derartig umfassenden Regelung könnten ohne Schwierigkeit alle die Fälle geregelt werden, in denen die früheren Besitztitel in höchster Not verkauft werden mußten; selbst Vorkriegsgeld, das wirklich nachweislich als Sparbesitz aufgehoben wurde, könnte Berücksichtigung finden.

Es kann kein Recht geschaffen werden, wenn man von vorneherein ungleiches Recht aufstellt für Wertpapiere und für Forderungen, die sich auf der gleichen Grundlage aufgebaut haben, nämlich auf der früheren deutschen Reichsmark. Mit dem ungleichen Recht wird man nicht durchkommen, denn ungleiches Recht ist eben Unrecht abgesehen davon, daß es ja auch wirtschaftlich für die meisten eben nicht tragbar ist. Unrecht kann aber auch durch die schönste Parlamentsmehrheit nicht in Recht umgefälscht werden.

Zuschuß zum Reichshaushalt

Nach der Übersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse für Juni betrugen die Einzahlungen 546,95 (Mai 629,7) Mill. M., die Auszahlungen 586,28 (647) Mill. M., so daß ein Zuschußbedarf von 39,33 (17,3) Mill. M. verbleibt, der hauptsächlich auf den geringeren Steuereingang infolge Ausfalls der Junivorauszahlungen auf die Einkommensteuer zurückzuführen ist. Von dem gesamten Aufkommen an Steuern und Zöllen von rund 561,3 Mill. M. sind im Laufe des Juni noch nicht an die Reichshauptkasse gelangt die verpfändeten Zölle mit rund 150,3 Mill. M. Vom Kommissar für verpfändete Einnahmen wurden im Juni aus dem Monat Mai rund 132,8 Mill. M. zurücküberwiesen. Der Stand der schwebenden Schuld war am 30. Juni 115,93 (31. Mai 156,90) Mill. M.

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Lokales, Wirtschaft, Bewegung und Sport Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: Joseph Stolzing-Cerny; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Eher's Nachfolger, G. m. b. H.; Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn.

Gottfried
KRAMER
Sonnenstr. 27/I. Stck.
gegenüber der protestantischen Kirche
neben Café Orient
Ein Posten Reste in
Herren- u. Damen-
Stoffe
teilweise bis 50% Rabatt

Cliché
MÜNCHEN
ARNULFSTR. 26
TEL. 52547
Heinloth & Co.

Besonders preiswerte
Hosen

Ein Posten aus äußerst starkem Zwirn-Buxkin . . . M. 4.90 — **3.90**
Ein Posten aus besond. soliden, hauptsächlich dunkel gestreiften Stoffen M. 6.90 — **5.90**
Ein Posten aus starker Kammgarnware, in mittleren und dunklen Streifen . M. 9.90 — **8.50**
Ein Posten Streifen-Hosen in solider Ausführung . . . M. 15.— — **12.50**
Ein Posten Kammgarnhosen in feinster Ausführung M. 32.—, 24.— — **19.00**

Ein Posten **Sport-Breeches** aus Wollcord, Manchester u. strapazierfähigen Sportstoffen
14.— 16.50 19.— 24.— 28.—

Windjacken — Tiroler-Trachten-Kleidung

Wasch- und Lüsterjoppen

Töpler
MÜNCHEN
Reichenbachstr. 34
nächst Ecke Fraunhoferstr.

KINO-ANZEIGER

Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie

Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger" Nr. 3

RATHAUS-LICHTSPIELE
FRIDERICUS REX
3. Teil: „Sanssouci"
4. Teil: „Schicksalswende"

SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE
Der große Jagdfilm: „Das Waidmannsjahr"
Großes Beiprogramm

UFA-THEATER Dachauerstr. 16 geg. Marsstr.
Blitzzug der Liebe
ferner: Fix und Fax

KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 29
Telephon 24327
Leidenschaft
Die Liebschaften der Hella von Gilsar
mit **Lilian Harwey**

Telephon 53377 LICHT-SCHAUSPIELHAUS Dachauerstr. 46
Nick, der König der Chauffeure
mit dem sympathischen Sensationsdarsteller
Carlo Aldini in der Hauptrolle

Besuchet die Familien-Sonntag-Vormittags-Vorstellungen obiger Kinos!

KI-PA
Müllerstr. 32 **Film-Palast** Blumenstr. 29
Deutsche Helden in schwerer Zeit

Unsere Leser sehen sich nur die Qualitätsfilme, der im „Völkischen Beobachter" inserierenden Lichtspielhäuser an!

HELLABRUNN

Heute! vorm. Tierpark Heute!
Samstag, den 25. Juli 1925
Brillantes
Riesen-Feuerwerk
Bengalische Beleuchtung der Parkpartien
Italienische Nacht in den Anlagen
Großes Militär-Konzert mit Trommler-Korps
Die große Sensation:
Herr F. G. Sauer, Augsburg fährt mit einem
Luftschiff nach dem Mond
Eintritt: Kinder 50 Pf., Erwachsene 1 M. — Parköffnung: 5 Uhr
Beginn des Militärkonzertes: 7 Uhr
Italienische Nacht: 8 Uhr — Abfahrt des Luftschiffes mit Granaten und Bomben bei Eintritt der Dunkelheit
Verstärkter Straßenbahnbetrieb der Linien 20 und 25. Kartenvorverkauf: Max Hieber, Marienplatz 18; Kaufhaus Oberpollinger, Neuhauser Straße
Der Veranstalter: **Thomas Haustein**

Sport- und Fachmann, denke dran: Alles gibt's — bei
HERRN HAHN
KRAFTFAHRZEUG-BEDARF U. BEREIFUNG
VULKANISIER-WERKSTÄTTEN
München Sonnenstr. 27 Fernspr. 51446, 57621 — Nürnberg vord. Sterng. 1 Fernsprecher 8866

THEATER-ANZEIGER

Samstag, den 25. Juli 1925

National-Theater	Residenz-Theater	Kammerspiele	Operetten-Bühne Lustspielhaus, Barer Str.
—	Münchner Fasching Anfang 7½ Uhr	Fräulein Jeanne unsere Geliebte Anfang 7½ Uhr	Alt-Wien Anfang 7½ Uhr
Prinz-Reg.-Theater	**Schauspielhaus**	**Gärtnerpl.-Theater**	**Volkstheater**
—	Madame Sans Gêne Anfang 7½ Uhr	Anneliese von Dessau Anfang 7½ Uhr	Die vertauschte Frau Anfang 7½ Uhr

Zigaretten der oesterreichischen Tabakregie von edelster Eigenart
in allen Zigarrengeschäften Deutschlands erhältlich

RUNDFUNK MÜNCHEN

Samstag, 25. Juli,

Übertragung der Vorträge anläßlich der Verkehrswissenschaftlichen Woche.

9 Uhr: Vortrag Professor Laas: Schiffbau in England, Amerika und Deutschland.

10 Uhr: Vortrag Direktor Professor Dr. Junkers: Die Bedeutung des Flugzeugs für den Großluftverkehr.

11 Uhr: Vortrag Dr. ing. O. Eckener: über einige Hauptprobleme des zukünftigen Weltluftschiffverkehrs.

Nachmittagskonzert 4—6 Uhr.

4 Uhr: Kammerquartett Anny Rosenberger. Mitwirkend: Charlotte Wollenweber (Sopran).

5 Uhr: Die Rundfunkkapelle. Mitwirkend: Hans Heine, Baß.

6.30 Uhr: Die Nervosität. 5. Vortrag Dr. med. et phil. Wladimir Eliasberg: Nervöse Sprachstörungen.

7.15—8.15 Uhr: Unterhaltungskonzert d. Rundfunkkapelle.

8.15 Uhr: Die Weinlese (Aus „Lebrecht Hühnchen" von H. Seidel). Vorgetragen von Dr. Fritz Gerathewohl.

8.45 Uhr: Konzert d. Rundfunkorchesters. Leitung: Hans A. Winter. Solisten: Willy Stuhlfauth (Violine), Richard Staab (Klavier). (Werke von Rameau-Mottl, Fr. Liszt, E. Lalo u. E. Grieg).

10.30 Uhr: Pressemeldungen — Wetterbericht — Zeitangabe — Sportfunk — Geschäftsnachrichten.
Anschließend bis 1 Uhr Tanzmusik. (Kapelle Duval, Übertragung aus dem Odeon-Kasino).

„Deutsche Stunde in Bayern", Abteilung Vertrieb / Funkhaus / Karlstraße 21
Verkauf und Vorführung hochwertiger Rundfunkempfänger, Detektor-, Röhren-Apparate, Lampen, Kopffernhörer, Lautsprecher, Zubehör, Antennenbau

Verwenden Sie **Helios-Detektoren**, die Qualitätsmarke

WILH. SCHMIDT
SPIELWAREN
MÜNCHEN
Neuhauserstraße 20
Telephon Nr. 57420
Postscheck: München 15247
Schutzmarke

Blücher-Mützen
in jeder Ausführung liefert nationalen Verbänden
Mützenfabrik Clemens Wagner
Braunschweig

Stempel-Bock
München
Sendlingerstr. 54
Gravieranstalt mit Kraftbetr.
Metall- und Gummistempel-Fabrik
Email-Schilder
Datum- Nummeriermaschinen- Stahl- u. Messingstempel Schablonen
Klischees Siegel u. Petschafte
Messingtürschilder
Stempelkissen u. Farben
Versand nach Auswärts — Preisblatt gratis

August Riepolt
München
Färbergraben 26, Tel. 25209
Korbmöbel
Kinderwagen
Kinderstühle
Korbwaren

Suche
für meine 3 erholungsbedürftigen Knaben im Alter von 14, 15 und 16 Jahren für August
volle Pension in Oberbayern
Eilangebote mit Preis an Pg. **H. Breer, Düsseldorf,** Adersstr. 74.

Das braune Hitlerhemd
(D. R. G. M.) die von Adolf Hitler gewünschte Neubekleidung. Preis M. 7.50 einschließlich gleichfarbiger **Krawatte.** Schwarze **Krawatte extra M. —.95.** Dazu: **Die braune Hitlermütze,** gefüttert M. 2.60. **Die braune Windjacke,** bestens imprägniert. Zeltstoffgewebe M. 17.60. **Die braune Wickelgamasche,** elastisch M. 5.—, sowie sämtliche Ausrüstungsgegenstände, Fahnen, Abzeichen usw. Verlangen Sie Preisliste! Bei Bestellungen Maße angeben! (Kragenweite bzw. Mützengröße.) Alleinige Vertriebsstelle der neuen vorschriftsmäßigen Hitlerbekleidung **Hubert Müller, München-Solln,** Lindenallee 26
(Nachahmungen werden verfolgt!)

I. Bürokraft
Fachmann für Speditionswesen, Fachmann für Tabakwaren
Reisender
sucht für sofort Stellung. Angebote unter **315** an die Anzeigen-Abteilung ds. Blattes.

Wo? lassen Sie Ihre Schuhe gut und billig doppeln und reparieren?
Garantiert prima Kernleder
Herren-Sohlen . . von 3.— M. an
„ Absätze . . „ 1.— „ „
Damen-Sohlen . . „ 2.30 „ „
„ Absätze . . „ —.70 „ „
Gummi-Bayersohlen u. Absätze nur gute Marken!
Wo? **Nordendstraße 6** Erste Großschuhsohlerei
Annahme in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins 1864

Für Ober- u. Niederbayern, Schwaben (das ganze Gebiet südlich der Donau) suche ich einen äußerst tüchtigen und branchekundigen
Vertreter
KLAUS FRANK, BAMBERG 3
Fabriklager und Generalvertretung erster deutscher Schuhfabriken
Bewerbung unt. Aufgabe v. Referenzen erbeten

Junger Mann
27 Jahre
Bildhauer
sucht Stellung gleich welcher Art. Angebote unter **316** an die Anzeigenabteilung dieses Blattes.

Vater von 6 Kindern
im Alter von 9 Monaten, 3, 5, 8, 10 und 12 Jahren, katholisch, Wiener, gänzlich unbescholten, 55 % Kriegsinvalide, mit unheilbarem Lungen-, Herz- und Nervenleiden, bittet um Hilfe. Gefl. Angeb. unter **319** a. d. Anzeigen-Abteilung ds. Blattes.

Gesetztes Mädchen
absolut ehrlich und solid, in kleinen geregelten Haushalt in Schwabing per 1. August 1925 für tagsüber gesucht, muß jedoch daheim schlafen. Offerten mit Lohnansprüchen unter **241** an die Anzeigenabteilung dieses Blattes.

Nationalsozialist Kaufmann
aus dem bes. Gebiet, sucht
Stellung
gleich welcher Art, auch als Hilfsarbeiter. Kaution kann evtl. gestellt werden. Briefe unt. **281** a. d. Anz.-Abteil. ds. Bl.

Tapezierer
empfiehlt sich zum Aufbessern von Matratzen, Sofas, Ottomanen und allen einschläg. Arbeiten (Hausarbeit)
Röhrig, Gabelsbergerstr. 63/III

Lehrling
aus der Volksschule entlassen, am liebsten braven Jungen aus Arbeiterfamilie, von Verlagsunternehmen
gesucht
Vorstellung nach Aufforderung nur mit Vater. Off. unter **273** an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

? WOHIN ?
Der Fremde geht in München dahin, wo es der Münchner gemütlich findet!

Löwenbräu-Keller
Saal — Garten — Terrassen
Täglich Konzerte

Hacker-Keller Theresienhöhe nächst Ausstellung
Täglich große Konzerte
Vorzügliche Speisen

Thomasbräu-Keller
Kapuzinerpl. 5 (Linie 10, 12, 17) Clemens Haustein
Mittwoch, Samstag, Sonntag
Große Garten-Konzerte

Mathäser Bierhallen Garten Täglich Konzert Ia Küche
Löwenbräubier

Viktoria-Gaststätten
Max-Denkmal Telephon 20266
Herrlicher Garten
Vorzügl. Mittags- u. Abendtisch, Ia Biere u. Weine

Gaststätte Alt-Wien
Barerstraße 53 Telephon 57336
Täglich
Original-Zigeuner-Kapelle
aus Gräfin Mariza (Lustspielhaus)

J. Menzel, Coburg
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Vaterländischen Aufführungen aller Art
Auswahlsendungen an jedermann ohne Vorbedingung

Löwenbräu-Keller
mit Saal / Garten-Terrassen
Täglich Konzert
Samstag, den 25. Juli
Kapelle der Landespolizei, Dirigent:
M. Windisch
Obermusikmeister

Künstlerspiele **Malkasten**
Augustenstr. 78 Tel. 54700
Täglich heitere Vorträge
Jazz-Kapelle

Kauft bei Inserenten des ‚Beobachters'

An- und Verkauf
neuer und gebrauchter
Herrenkleider
Militärkleider
reell
Spezialgeschäft
Heinrich Herfert
Bayerstraße 1/1
Telefonruf 51 875
Gegründet 1894

HERREN-HÜTE werden umgearbeitet auf neueste Formen gebügelt, gefärbt, garniert
DAMEN-HÜTE fassoniert in 8—10 Tagen
Kurt Weise
Hutmachermeister
Fraunhoferstraße 8
Filiale: Holzapfelstraße 7

Ich schlage Ihnen
vor und sage es Ihnen
direkt ins Gesicht:
Schweißen Sie selbst!
Sie ersparen sich Zeit, Mühe und Verdruß, wenn Sie mein
Aluminium-Schweißpulver u. Schweißstäbe DRP
verwenden. Auch die aussichtslosesten Defekte werden rasch und mühelos behoben. bestellen Sie heute noch nur je ein Probekilo und Sie werden ständiger Abnehmer.
Ferner: **Schweißpulver für Kupfer, Messing, Rotguß, Gußeisen**
Richard Kindler, Ingenieur
Kirchheim (Teck) 1

Einzigartig, fesselnd
von höchstem vaterländ. Interesse sind die zum ersten Male dem Publikum dargebotenen
KRIEGSBILDER 1914—1918
Über 400 vorzügliche, photographische Reproduktionen (Format 13 × 18 cm) von allen Kriegsschauplätzen, wie von der See (U-Boote, Schiffsversenkungen)
Vom Kronprinzen Rupprecht, Prinz Leopold, wie von unsern großen Heerführern Hindenburg, Ludendorff, Mackensen aufs wärmste empfohlen
Sowohl Einzelbilder nach Auswahl, wie vereinigt in mehreren Albums zu haben Katalog für 25 Pf. erhältlich durch
Photoverlag Herrm. Rex, Oberammergau

Gut möbl.
Zimmer
mit Balkon, Südseite, in ruhigem Hause bei gebildeter Familie, an nur streng soliden, ält. Dauermieter ab 1. Aug. zu vermieten. Lage: Schwabing. Off. unter **262** a. d. Anz.-Abt. d. Bl.

Mietpianinos!
Pianino sehr gut erhalt. 525
Pianino fast neu 875
Neue Pianos, hervorragend im Ton und Ausst., zu günstig. Teilzahlung. v. M. 1050 an.
Guenau Pianolager Augustenst. 76

Altpapier
Alteisen, Lumpen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Staniol, kauft stets bestens
Josef Duschl
Dachauer Straße 21/0
2. Hof links. Tel. 55236

„Michel"
Mit dem bebilderten Blatte „Der kleine Michel".
Führende völkische Wochenschrift!
Über die ganze Erde, soweit Deutsche wohnen, verbreitet.
Leitgedanke: Fürs deutsche Volk! Keiner politischen Partei zu Liebe! **Mitarbeiter:** Die führenden Geister der völk. Bewegung.
Ein Urteil: „Ich habe selten — in völkischen Kreisen überhaupt noch nicht — eine so gut und geschickt geleitete Wochenschrift gelesen." Dr. Schmidt-Gibichenfels, Herausgeber der „Pol. Anthrop. Monatsh."
Haupt-Verlag: Graz, Grillparzerstraße 22.
Umfang 12—16 Zeitungsseiten, Preis viertelj. 2 Mark oder 2·4 Schillinge.

Achtung! Zur Ausrüstung der Ortsgruppen!

Hakenkreuz-Koppel M. 4.50	**Windjacken** M. 18.50
Tragriemen „Sipo" M. 2.80	**Armbinden** m. Hakenkreuz M. 0.35
Feldflaschen emailliert M. 1.— dito, Ia Alumin. M. 4.—	**Fahrradwimpel** m. Hakenkreuz M. 0.80
Brotbeutel mit Gurt neu M. 4.50	**Koppelschloß** m. Hakenkreuz M. 1.30
Segeltuch-Tornister neu M. 5.—.	**Kartentaschen** M. 6.—
Militär-Kochgeschirr neu M. 5.—	**Leibriemen** M. 2.25
Zeltplan Ia Qualität M. 16.—	**Infanteriespaten** mit Futteral M. 2.50
	Zeltzubehörbeutel mit Inhalt M. 2.—

Lieferung erfolgt geg. Nachnahme, evtl. Teilzahlung, Porto extra
A. W. Körner, Braunschweig, Wallstraße 21
NB Liefere ebenf. sämtl. Artikel für „Stahlhelm", „Jungdo" usw.